

Pressemappe Enrico Komning MdB
Erstellt: 22.10.2020

DONNERSTAG, 3. MAI 2018, SEITE 15

Neubrandenburger Zeitung

Neubrandenburg, Friedland, Burg Stargard und Umgebung

Der 1. Mai 2019 schon jetzt blockiert

Von Thomas Beigang und Jörg Franze

Neubrandenburg wird wohl auch in Zukunft mit zwei gegensätzlichen Veranstaltungen am Tag der Arbeit leben müssen. Es sei denn, die Kirchen haben Erfolg mit einem Angebot, das eigentlich niemand abschlagen kann.

NEUBRANDENBURG. Nur wenige Sekunden nach Mitternacht war es schon geschehen. Der Landesgeschäftsführer der AfD Mecklenburg-Vorpommerns, Jens Michael Martin, ist lange wach geblieben und hat im Neubrandenburger Rathaus eine Sondernutzung für den Marktplatz am 1. Mai 2019 angemeldet. Und weil, wie eine Sprecherin der Stadtverwaltung am Mittwoch mittelt, auch der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB Gleiches getan hat, wird es wohl auch im nächsten Jahr am Tag der Arbeit zwei Bürgerveranstaltungen in der Kreisstadt geben, deren Protagonisten sich gegenüberstehen. Denn, wie die Regionalbeauftragte des DGB Gisela Ohlemacher auf Nordkurier-Nachfrage



Auf den Marktplatz hatte die AfD mit Enrico Komning (rechts) eingeladen.



Foto: P. JAKOWIEC, MALANGHE

Menge Diskussionen darüber", so der Mann der Kirche. Evers schlägt ähnliches auch für Neubrandenburg vor und bietet die Organisation eines Runden Tisches an, an dem sowohl die AfD als auch deren politische Gegner Platz finden sollen. „Die katholische und auch alle anderen Kirchen könnten sehr gut als Mediatoren fungieren“, so der 47-Jährige. Die Kirche halte es mit Jesus und grenze niemanden aus. „Auch Jesus hat mit denen gesprochen, mit denen kein anderer reden wollte“, sagt der Pfarrer.

AFD-Mann hofft auf Platz für alle
An dem Runden Tisch sollte diskutiert werden, ob es nicht doch ein friedliches Nebeneinander geben könne. Wichtig dabei, alle Meinungen gehören auf den Tisch und nicht unter den Tisch“, verlangt Pastor Evers und stellt sich den beiden Lagern als Vermittler zur Verfügung.

Kurz zuvor hatte der Neubrandenburger AfD-Bundesabgeordnete Enrico Komning dem Nordkurier erneut die Hoffnung geäußert, im nächsten Jahr beim Demokratiefest von der Gewerkschaft toleriert zu werden. „Die müssen ja nichts mit uns gemeinsam organisieren, aber vielleicht bietet der Marktplatz Platz für beide“, so Komning, der sich am 1. Mai noch darüber ärgerte, dass etliche Zusagen vom Ausstellen auf der AfD-Veranstaltung kurzfristig storniert wurden.

Pfarrer Evers indes denkt gar nicht an Absagen: „Das Angebot eines Runden Tisches gilt“, so der Geistliche.

Kontakt zum Autor
t.beigang@nordkurier.de



Das Demokratiefest des DGB mit Gisela Ohlemacher (rechts) ging im Kulturpark über die Bühne. Nun will Evers (links) ein Angebot zum Raden machen.

sagte, werde es auch 2019 kein Nebeneinander des von der Gewerkschaft seit vielem Jahren organisierten Demokratiefestes und der AfD geben. Weil die Alternative für Deutschland am Dienstag den Markt nutzte, hatten der DGB und andere Parteien in

den Kulturpark geladen. „Wir machen uns jetzt schon Gedanken darüber, wie wir den 1. Mai 2019 organisieren. Aber eine Kooperation oder ein gemeinsamer Platz mit der AfD – nein Danke“, so Ohlemacher. Im Neubrandenburger Rathaus sieht man zunächst

erst einmal das gerade über die Bühne gegangene Demokratiefest im Kulturpark als Erfolg an. „Das Open-Air-Gelände am Jahnsportforum hat sich als Veranstaltungsort bestens bewährt“, heißt es aus dem Rathaus. Der 1. Mai 2019 sei noch ein Jahr entfernt, die Stadt werde sich rechtzeitig mit dem DGB abstimmen, was im kommenden Jahr durchgeführt werden könne. Allerdings bestätigt die Stadt, dass bereits Begehrlichkeiten angemeldet wurden. „Sowohl für den Marktplatz als auch den Parkplatz an der Stadthalle liegen Anträge auf Sondernutzung für den 1. Mai 2019 vor“, so eine Rathaus-Sprecherin.

DGB-Regionalchefin Gisela Ohlemacher verteidigt indes erneut die Position des Gewerkschaftsbundes. Der Umzug in den Kulturpark habe die Diskussion über den Umgang mit der AfD und ihren Positionen im Vorfeld des 1. Mai befördert, findet



Thomas Beigang meint:

Das schützende Dach der Kirche

Die Kirche bietet vieles. Asyl zum Beispiel und innere Einkehr. Aber auch – und darüber können sogar Heiden eine Menge lernen – Toleranz. Das war nicht immer so, weiß Gott nicht. Aber die Zeiten haben sich glücklicherweise geändert.

Die Kirchen und ihre Protagonisten können auch mehr verstehen, im Sinne von Verständnis, als wir

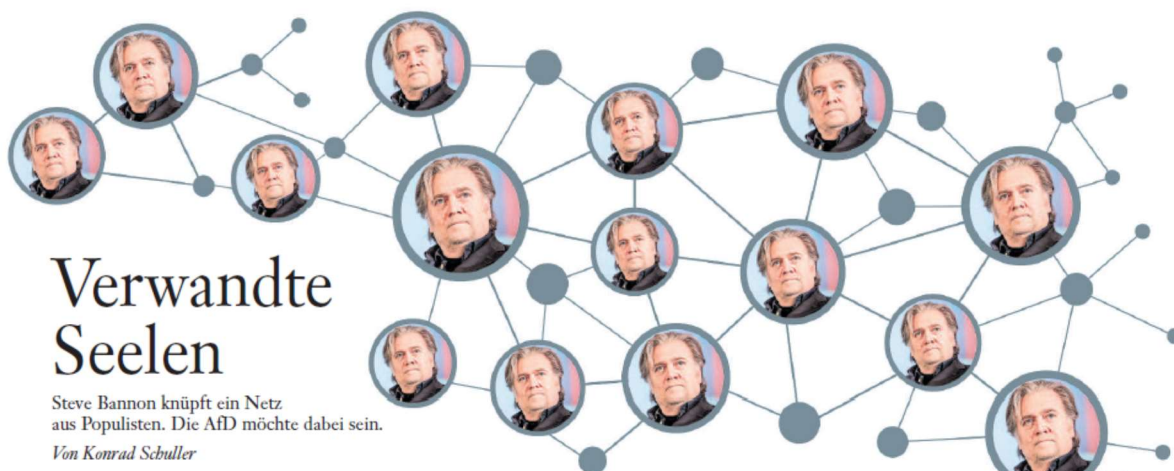
anderen. Und wohl auch Menschen zueinander führen, mag den Kirchen und ihren Leuten besser gelingen als jenen, die nicht so von Berufs wegen auf das Sedenheil achten müssen. Darum verwundert es nicht über die Maßen, dass sich ein Neubrandenburger Pfarrer anbietet, im Konflikt um den 1. Mai in der Stadt zwischen den Lagern

zu vermitteln. Dieses Angebot pauschal abzulehnen steht niemandem gut zu Gesicht.

Denn am Tag der Arbeit soll künftig in dieser Stadt friedlich über die besseren Antworten auf drängende Fragen gestritten werden. Dafür braucht niemand Berufschaftspolitisten in voller Montur, die feindliche Lager voneinander trennen.

Anzeige





Verwandte Seelen

Steve Bannon knüpft ein Netz aus Populisten. Die AfD möchte dabei sein.

Von Konrad Schuller

Drei Tage, zwei Ereignisse. Am dritten Juni veröffentlichte das rechtsextreme Nachrichtenportal „Breitbart London“ ein Interview mit Richard Grenell, dem neuen amerikanischen Botschafter in Berlin. Seine Botschaft: Er wolle „absolut“ in Europa „andere Konservative“ zur Macht bringen, „andere Führer“. In einem Tweet fügte er später hinzu, überall erlebe man gerade das Erwachen einer „schweigenden Mehrheit“. Das seien Menschen, welche „die Eliten und ihre Blase“ ablehnten – und ihr Führer sei der Präsident der Vereinigten Staaten, Donald Trump.

Am sechsten Juni folgte Ereignis Nummer zwei: Angela Merkel stellte sich im Bundestag den Fragen der Abgeordneten, das Wort ergreifend Enrico Koenig von der AfD. „Frau Bundeskanzlerin“, fragte der Abgeordnete, welchen Sinn habe es mit Trump zu sprechen, etwa beim G-7-Gipfel an diesem Wochenende, wenn Sie und nahezu alle Mitglieder Ihrer Bundesregierung den amerikanischen Präsidenten fortgesetzt und auf allen öffentlichen Kanälen diskreditieren?

Amerika bietet der neuen Rechten in Europa die Hand, und die neue Rechte springt für Amerika in die Bresche. Auf den ersten Blick gibt es zwar keinen Hinweis darauf, dass diese beiden Epochen direkt miteinander verbunden sind. Auf den zweiten aber werden Fäden sichtbar. Das Portal „Breitbart“, dem Grenell sein Interview gab, ist von Steve Bannon maßgeblich geprägt worden. Bannon war bis 2017 der vielleicht einflussreichste Berater Donald Trumps, und bis heute gilt er als einer der Chefidologen der populistischen Rechten weltweit. Bannon steht mit der AfD durchaus in direkter Verbindung. Im März hat er mehrere Mitglieder ihrer Bundestagfraktion in Zürich getroffen, und in einem Interview mit der „Zeit“ beschrieb er vor allem die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel und die Abgeordnete Beatrix von Storch als „phantastische Persönlichkeiten“. „So klug“, seien sie, so „journalistisch“.

Es gibt aber nicht nur persönliche Verbindungen zwischen der AfD und den Theoretikern der neuen amerikanischen Rechten, es gibt auch inhaltliche Überschneidungen. Bannon hat Trumps Handelskriege miterfunden, und in den letzten Tagen melden sich gerade in der AfD Stimmen, die im gegenwärtigen Zeitkonflikt zwischen der EU und den Vereinigten Staaten offen die Position des amerikanischen Präsidenten vertreten. Der stellvertretende Parteivorsitzende Kay Gottschalk geht besonders weit. Er warnt die EU davor, mit „Gegenmaßnahmen“ auf die neuen Zolltarife zu reagieren, die Trump gerade auf dem Stahl- und Aluminiummarkt eingeführt hat. Stattdessen solle die EU ihre eigenen Sünden bedenken: Europa sei nach den Erkenntnissen der Welthandelsorganisation WTO und der OECD „viel protektionistischer als Amerika“, deshalb solle es die amerikanischen Maßnahmen „mit Demut zur Kenntnis nehmen“. Statt jetzt zurückzufahren, solle die EU „die eigenen Zölle auf amerikanische Autos von 10 auf 25 Prozent senken. Man muss den Amerikanern zeigen: Wir haben verstanden.“

Andere Führungspolitiker der AfD variieren dieses Thema. Der Bundesvorsitzende Alexander Gauland sagt, Europa sei zumindest „erst einmal“ gut beraten, „auf Gegenmaßnahmen zu verzichten“, und Georg Pazderski, einer seiner Stellvertreter, fragt, ob Trumps Politik angesichts europäischer Sünden nicht einfach nur „folgerichtig“ sei. „Die EU“, stellt Pazderski fest, „gibt sich in diesem Konflikt als der große Verlierer, aber man sollte sich nur dann als Opfer inszenieren und Gegenmaßnahmen ergreifen, wenn man selbst eine reine Weste hat.“

Beatrix von Storch schließlich nennt die europäische Kritik an Amerika „doppelzüngig“, und empfiehlt ihrerseits „Verhandlungen über den Abbau von Zöllen auf beiden Seiten“. Dieses Argument wäre glaubwürdig, wenn die AfD in den vergangenen Jahren mit ihrem Widerstand gegen das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP nicht alles daran gesetzt hätte, genau die Verhandlungslösung zu torpedieren, die sie jetzt fordert. TTIP hätte viele Probleme aus der Welt geschafft, die heute zwischen Amerika und Europa fast unlösbar erscheinen. Zu diesen Problemen gehört, dass die EU nach den geltenden Prinzipien der WTO ihre Zollschränken im Handel mit Amerika nur im Rahmen eines bilateralen Handelsabkommens senken könnte. Im Falle eines europäischen Alleinganges würden die Regeln nämlich auch für Konkurrenten wie China, Indien, Brasilien, Südkorea oder Japan gelten, ohne dass die ihren Markt öffnen müssten.

TTIP, das geschlossene Abkommen zwischen Amerika und der EU, hätte hier helfen können. Es hätte zum Beispiel die Zölle beider Seiten auf Autos mit einem

Federstrich vollständig gestrichen. Die AfD in Deutschland war dagegen. Gauland nannte das Projekt „undemokratisch und intransparent“, Pazderski schalt es ein „Hassobjekt über alle Pensionsgrenzen hinweg“. Auch in Trumps Amerika wuchs die Ablehnung gegen Handelsabkommen aller Art.

Die stille Zusammenarbeit, die damals begann, setzt sich heute fort, und im Hintergrund erscheint immer wieder dieselbe Person: Bannon. Der Mann, der lange „Breitbart“ führte, hat zwar im vergangenen Jahr seine Position als Präsidentenberater verloren, aber das hindert ihn nicht daran, in ganz Europa weiter seine Netze zu knüpfen. Bei der AfD setzt er auf Weidel und von Storch. Wenn er sich diese beiden anschaut, hat er gesagt, dann fühle er „dass sie im Laufe der Zeit in der Lage sein werden, die Mittelschicht anzusprechen und einem jungen Publikum Populismus und Nationalismus näherzubringen.“

Das Lob ist nicht unerwidert geblieben: „Vor kurzer Zeit“ erst, sagt zum Beispiel Weidel, habe sie Bannon getroffen, um sich mit ihm über „alternative Medien“, über Amerika und über Europa zu unterhalten. Ihr Eindruck von dem Gesprächspartner war denkbar positiv: „Ich halte ihn für einen sehr gut informierten und analytisch starken Geist, von dem man einiges lernen kann.“

Was aber kann man von Bannon lernen? – Erst einmal, wie man ein weltweites Einfluss- und Propagandazentrum aufbaut, an dem keiner vorbeikann. Wie das geht, hat er mit „Breitbart“ vorgemacht, auch wenn er das Portal nicht mehr führt. Vor allem aber macht Bannon der europäischen nationalistischen Rechten auch vor, wie man dem „Establishment“ Sand ins Getriebe werfen kann. Überall, wo es in Europa gegen Europa geht, ist Bannon dabei. Als er im März bei einer Veranstaltung des französischen Front National auftrat, rief er in die Menge, Bezeichnungen wie „Rassisten“, „Fremdenfeinde“, oder was sonst auch immer“ dürften niemanden erschrecken: „Tragt das wie eine Medaille.“ In Zürich hielt er eine Lobrede auf Christoph Blocher, den Chef der nationalistischen „Schweizerischen Volkspartei“, in Budapest nannte er Viktor Orbán einen „Trump, bevor es Trump gab“.

Auch in Großbritannien hat Bannon früh sein Netz geknüpft, die Kampagne für den Brexit hat sein Portal seinerzeit massiv unterstützt. Als die Briten im Juni 2016 dann tatsächlich für den Austritt aus der EU stimmten, lud er Nigel Farage, den radikalen der „Brexiters“, in seine tägliche Radiosendung und ließ ihn die Worte sprechen: „Das Projekt Europäische Union ist gescheitert. Es ist zum Untergang verurteilt, ich sage es mit Vergnügen.“ – „Eine große Leistung“, antwortete Bannon, „gratulations“.

Die letzte große Mission dieses Mannes war sein Italienfeldzug. Bannon hatte schon früh auf die Sprengkraft eines Bündnisses der nationalistischen Partei „Lega“ von Matteo Salvini und der links-populistischen „Bewegung fünf Sterne“ von Luigi di Maio gesetzt. Tatsächlich gewannen die beiden in der Parlamentswahl vom letzten März eine rechtliche Mehrheit, und als sie im Mai dann endlich auch eine Koalition zustande brachten, schied der Amerikaner das Verdienst daran keinem anderen zu als sich selbst. Der „New York Times“ sagte Bannon, gleich nach der Wahl habe er Salvini und andere Führer der „Lega“ in Mailand dazu gedrängt, sich mit di Maio „Fünf Sterne“ zusammenzusetzen. „Ihr seid die Ersten, die das Rechts-links-Paradigma aufräumen können“, habe er Salvini damals gesagt. „Ihr könnt zeigen, dass der Populismus das neue Prinzip ist, um das sich alles organisiert.“

Und jetzt also Deutschland. Bannon führt zwar „Breitbart“ nicht mehr, aber der neue amerikanische Botschafter nutzt das Portal, um jene zu hofieren, die er „andere Konservative“ nennt, und um die linke „Ideologie der offenen Grenzen“ zu verdammen. Weidel und Storch, die beiden Frauen von der AfD, deren Klagehat Bannon nicht genug loben kann, bieten ihrerseits Freundschaften der Storch geht sogar so weit, zu behaupten, seit der Wahl Donald Trumps sei die AfD „praktisch die einzige transatlantische Partei im Deutschen Bundestag“.

Die Partei ist bereit. Gauland hat Botschafter Grenell zwar noch nie getroffen, aber sein Stellvertreter Gottschalk hat sich über das Angebot des Botschafters, den neuen Konservativen Europas zur Macht zu verhelfen, gefreut. In seinem Bundestagsplakat stellt er fest, er begrüße das Angebot des Amerikaners „im Kampf gegen die sozialistische linke Einheitsidee in der EU zusammenzuarbeiten“. Steve Bannon, den Mann, der europäische Populisten sammelt wie andere Leute Briefmarken, hat er längst im Blick. „Da gibt es schon eine politische Seitenverwandtschaft, eine Parallellität“, sagt Gottschalk. „Von solchen Menschen kann man lernen. Ich würde ihn gerne mal kennenlernen.“

Ruhe, wenn Mutti spricht: Merkel behält ihre Abgeordneten im Griff

Novum im Deutschen Bundestag: Zum ersten Mal stellte sich am Mittwoch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) den Fragen der Abgeordneten. Das soll die Demokratie beleben, den Bundestag cooler machen. Und tatsächlich: Die Fragestunde hatte einige Überraschungen parat.

Analyse

Von Carsten Korfmeier

Merke. Lange hat sich die Union dagegen gestraut, nun ist es zum ersten Mal Realität geworden. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages durften sich eine Stunde lang an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) abarbeiten. 30 Fragen, 30 Antworten, jeweils eine Minute Zeit. Und mittendrin als Oppositionsführerin eine Partei, die zum ersten Mal an einer Regierungsbefragung teilnahm und deren erklärtes Ziel es ist, die Kanzlerin zu kippen.

Merkel erscheint am Mittwoch im knallroten Kampfblazer, als wäre ihr klar, dass das hier ein verbales Gemetzel werden könnte und sie womöglich in den Angriffsmodus wurde schalten müssen. Sie weiß nicht, was sie erwartet, denn die Fragen, ja nicht einmal die Themen, mussten vorher abgesprochen werden. Kein deutscher Regierungschef hat sich jemals auf eine solche Fragerunde eingelassen. Doch letztendlich hat Merkel keine Wahl, denn die neue Art der Regierungsbefragung resultiert aus dem Koalitionsvertrag – einer der kleinen Erfolge, die die SPD in den Verhandlungen mit der Union fast unbenutzt eringen konnte.

Konfrontation kontra Informationen

Jetzt soll es Action geben, jetzt soll es knallen. Und im Rahmen der Möglichkeiten einer notorisch kühlen und beherrschten Kanzlerin tut es das auch. Die Befragung ist in der Tat spannend anzusehen. Keines der wichtigen aktuellen Themen wird ausgelassen: G7-Gipfel, bilaterale Beziehungen zu Russland und den USA, die Hami-Affäre, Iran, Diesel, hinzu kommen Dauerbrenner wie die Folgen der Digitalisierung für den Arbeitsmarkt, prekäre Arbeitsverhältnisse und bezahlbarer Wohnraum in deutschen Großstädten. Die Taktiken der Fraktionen sind erwartbar: AfD und Linke setzen auf Konfrontation, SPD, Union und Grüne auf Information.

Ebenso ist erwartbar, dass Angela Merkel auf alles eine Antwort hat. So jedenfalls scheint es auf den ersten Blick. Dass sie viele Fragen tatsächlich erst gar nicht beantwortet, fällt nur bei genauerem Hinsehen auf. An dieser Stelle offenbart sich die Schwäche des Formats: Einem Fragesteller ist es nicht erlaubt, eine Anschlussfrage zu stellen. Oder wenigstens in einem Satz zu beurteilen, ob er zufrieden mit der Antwort der Regierung ist oder nicht. Denn genau darum geht es doch. Die

Abgeordneten sollen im Namen der Bürger die Arbeit der Regierung kontrollieren und prüfen. Demzufolge muss es ihnen auch möglich sein, darauf hinzuweisen, wenn die Regierung die Beantwortung einer Frage schlicht ablehnt – sei es durch eine offene Verweigerung oder aber durch ein geschicktes rhetorisches Manöver.

Diese Contenance, das wollen wir doch, oder? Doch es gibt auch Gehaltvolles, zum Teil sogar Neues: Bereits jetzt, so die Kanzlerin auf Frage des SPD-Abgeordneten Karsten Dierke, sei ein neues Einwanderungsgesetz in Arbeit, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Und: Die Gründe für den Abschiebestopp nach Afghanistan seien entfallen, obwohl der neue Lagebericht des Auswärtigen Amtes deutlich auf die katastrophale Sicherheitslage besonders in Kabul, aber auch in anderen Städten und Regionen des Landes, hinweist. Und: Es war völlig richtig, Russland aus der G8 auszuschließen. Und: Die Amis sind momentan irgendwie ein bisschen doof, aber wir reden trotzdem weiter mit ihnen.

Irgendwie steif, irgendwie wenig überraschend. Richtig. Doch es wäre falsch, der Kanzlerin daraus einen Strick zu drehen. Denn letzten Endes ist es genau das, was viele Deutsche wollen. Wir wollen nicht, dass in unserem Bundestag die Flüster fliegen wie in der Ukraine oder der Türkei. Oder dass sich in unserem Parlament selbstherrliche Fühlertrupps in Fake-News-Vorwürfen verlieren. Wir Deutschen sind da halt ein bisschen spielfähig. Wir wollen, dass unsere Vertreter in der Lage sind, immer und überall die Contenance zu bewahren. Genau das ist für uns cool. Genau das ist eben Merkel.

Das musste auch ein Vertreter der AfD, der Berliner Gottfried Curio, zu spüren bekommen. Als größte Oppositionsfraktion durften

die Novizen in Sachen Regierungsbefragung als erste an die Fragefront. Dort geben sie in Person von Curio auch einen direkten Schuss auf die Kanzlerin ab: Voller Pathos schwadroniert der Physiker von der „Flut von illegalen“, den „millionenfachen Asyl- und Sozialbetrug“ und das „unendliche Leid durch Tausende Messerstiche und Terroristen“. Dann spricht Curio Merkel direkt an: „Ein schrecklicher Preis für ihr freundliches Gesicht“, um schließlich zu seiner Frage zu kommen: „Wann treten sie endlich zurück?“

Im Bundestag führt dieser Beitrag zu maßvoller Empörung. Irgendwie kommt man es ja schon, das ideologisch gewundene Gerede der rechten Genossen, doch es hat sich bereits abgemutet. Den meisten Abgeordneten scheint die Energie zu wertvoll, um darüber noch mehr als einen malsidigen Seufzer zu verlieren, selbst in den eigenen Reihen waren vereinzelt rollende Augen zu beobachten. Merkel wäre nicht Merkel, wenn all dies nicht einfach an ihr abprallte. Nicht einmal ansatzweise geht sie auf die Rücktrittsorderung ein, sondern reißt drei Fakten aneinander – fertig. So wie beim **Neubrandenburger AfD-Abgeordneten Enrico Kemming**, der Merkel vorwarf, US-Präsident Trump „auf allen Kanälen zu diskreditieren“. Oder beim Schwärmer AfD-Landeschef Leit-Erik Holm, der Merkel fragte, ob sie – ähnlich wie in Griechenland – „auch in einem Fall Italien das Italien-Verbot missachten“ würde. Sie bitte um Beachtung der Tatsache, so Merkel, dass nachweislich alles richtig gelaufen sei. Fertig, der Nächste bitte.

Und so ging sie, halb tröstend, halb drohend, mit den Worten: „So schade wie es ist, es ist halt zu Ende. Ich komme ja wieder.“

Kontakt zum Autor: ckorfmeier@nordkurier.de



Foto: Bernd von Jutroschka

Die AfD in den Mühen der Ebene

Von Mirko Hertrich

Die AfD möchte eigentlich keine Partei sein, sondern eine Bewegung auf dem Weg in die Regierungsverantwortung in Deutschland. Dafür braucht sie Themen jenseits der Flüchtlingskrise und hat nun das flache Land für sich entdeckt.

FRIEDLAND. Obwohl die Zwischenfälle in Chemnitz erst wenige Tage her sind, interessierten die Themen Islam und Flüchtlingskrise beim „Basisdialog“ der AfD in Friedland kaum jemanden. Der ortsansässige Kreisverband hatte zum Stammtisch ins Hotel Vredeland geladen, um zu hören, wo die Menschen auf dem Land der Schuh drückt. Rund 20 Menschen folgten dem Ruf. Für das Treffen in der Provinz hatte die Alternative für Deutschland mit dem Bundestagsabgeordneten Enrico Komning und

dem Fraktionsvorsitzenden im Schweriner Landtag, Nikolaus Kramer, immerhin zwei ihrer Spitzenleute aufgeboten.

Die rechtsgerichtete Partei, der von ihren Gegnern oft vorgeworfen wird, sie habe mit ihrer Kritik an der schwarz-roten Bundesregierung nur ein Thema, will sich programmatisch breiter aufstellen und führt dafür einen „Basisdialog“. Komning und Kramer hatten für den Termin in Friedland dazu das sperrige Sujet „ländlicher Raum – verlassenes Land“ auf das Programm gesetzt.

Entsprechend war nicht die oft gehörte Haudrauf-Rhetorik der AfD gefragt, sondern trockene Faktenanalyse, mit dem Ziel, „Deutschland zu retten“, wie Komning es beschrieb.

„Das Thema ländlicher Raum ist für mich ganz wichtig“, betonte der Bundestagsabgeordnete. Es gehe darum,



Der Neubrandenburger AfD-Bundestagsabgeordnete Enrico Komning und Nikolaus Kramer, Fraktionschef der AfD im Schweriner Landtag, hatten zur Diskussion nach Friedland eingeladen.

FOTO: MIRKO HERTRICH

ihn für die Menschen und die Gesellschaft zu erhalten. Wie schlecht es auf dem flachen Land in Mecklenburg-Vorpommern seiner Ansicht nach aussieht, betonte der Neubrandenburger Rechtsanwalt in einer ganzen Litanei an Zahlen herunter: Überalterung, Landflucht junger Leute, „Verachtachung“ des

Ausländeranteils auf 3,7 Prozent, mangelnde Wirtschaftskraft, geringe Löhne und vernachlässigte Familien. Die Schuld daran gibt Komning den von ihm geschmähten „Altparteien“.

Den aufgeführten Problemen will die AfD MV mit einem eigenen Programm begegnen. „Leben auf dem Land

muss cool sein“, referierte der Bundestagsabgeordnete vor den stoisch zuhörenden Mecklenburgern im Saal. Dafür müsse zunächst aber die Infrastruktur geschaffen werden. „Läden, Banken, Post, Arzt, Apotheker und Gastronomie müssen fußläufig erreichbar sein.“ Auch sollten die Gewerbe wieder in die Dörfer geholt werden. Komning will sogar auf „nationale Sonderwirtschaftszonen“ wie in Polen und auf Digitalisierung setzen. Dafür müssten alle Dörfer nicht erst 2025 Hochgeschwindigkeits-Internet haben, sondern schon in ein bis zwei Jahren, kritisierte er.

Um dies zu ändern, will der Bundestagsabgeordnete seine Partei möglichst schnell in Regierungsverantwortung sehen, während der Schweriner Fraktionschef Kramer Veränderung auch in der Opposition für möglich hält, wo nicht nur „für den Papierkorb“ gearbeitet werde. Das

Geld für die Umsetzung der Vorhaben sei da, betonte Komning, der dann doch noch kurz auf das bislang bestimmende Thema seiner Partei kam, ohne es direkt zu nennen. Man müsse es nicht sagen, aber jeder wisse wohl, wo es bleibt.

Wie mühsam allerdings das politische Geschäft an der Basis ist, mussten die beiden Politiker dann erfahren, als ihnen etwa kleine Friedländer Selbstständige ausführlich und detailreich ihre Nöte im Alltag schildern, etwa beim Stellen von Förderanträgen oder Umsetzung von EU-Auflagen. „Die AfD wolle „als Partei neuen Typs“ das System „aufbrechen“, blieb Komning dann meist unkonkret. Da drängte sich dann doch der Eindruck auf, dass die AfD programmatisch noch etwas schmal auf der Brust ist.

Kontakt zum Autor
m.hertrich@nordkurier.de

Quelle: Junge Freiheit

„Besser als in Schönheit sterben“

Interview: Nicht nur Fördermittel, sondern vor allem Bürokratieabbau würde Investitionen im ländlichen Raum erleichtern, meint der AfD-Bundestagsabgeordnete Enrico Komning

Probleme des ländlichen Raumes dürften Ihnen aus dem Wahlkreis vertraut sein. Wo drückt dort konkret aus Ihrer Erfahrung der Schuh am meisten?

Komning: Das größte Problem ist ganz klar die immer noch starke Abwanderungsbewegung junger Menschen in die Städte. Kein Wunder, denn der Staat indes tut alles, um die Lage noch zu verschlimmern. So wird es zukünftig keine direkte Zugverbindung von Usedom nach Stralsund oder Greifswald mehr geben und das, wo doch Usedom ohnehin schon am Autoverkehr zu ersticken droht. Der eigentlich geplante Ausbau der Bundesstraße 96 nach Neubrandenburg stockt auch seit Jahren und führt zu einem täglichen Verkehrschaos. Und beim Ausbau des schnellen Internets wird Vorpommern-Greifswald inzwischen auf das Jahr 2019 vertröstet. Wie aber sollen sich moderne Firmen und damit junge Menschen in einer Stadt wie Torgelow ansiedeln, wenn es dort auf absehbare Zeit nicht einmal möglich ist, eine Videokonferenz abzuhalten?

Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD ein „neues gesamtdeutsches Förderystem für strukturschwache Regionen“ zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse versprochen. Bis Mitte 2019 sollen Vorschläge erarbeitet werden. Wird nun alles gut oder läuft die Bundesregierung wertvolle Zeit verstreichen?

Komning: Wieso kommt das jetzt erst? Die Probleme liegen ja schon lange auf dem Tisch, und diese Regierung

arbeitet ja auch schon geraume Zeit zusammen. Für die ländlichen Räume hat die Groko nicht viel mehr als Lippenbekenntnisse übrig. Ich habe in der letzten Plenarwoche den Herrn Bundeswirtschaftsminister genau nach dieser Regierungskommission gefragt. Viel mehr als eine Absichtserklärung, diese Kommission gründen zu wollen, kam von ihm nicht. Um ihn auf Trab zu bringen, bereite ich zur Zeit eine kleine Anfrage zu dieser Kommission vor. Ich möchte genau wissen, welche Mitglieder dort vertreten sind, welche Arbeitsaufträge und welche Zeithorizonte für das Erarbeiten von Lösungen bestehen.

Städtebau-, Wohnraum-, Breitbandförderung, EU-Mittel, GRW, GAK, BULE ... Ganz ehrlich: Steigen wenigstens die Abgeordneten noch durch diesen Programm-Wirrwarr durch?

Komning: Auch mir fällt es schwer, zu glauben, daß da jemand noch durchsteigt. Ich jedenfalls habe so meine Probleme. Ich glaube, das ist einer der Gründe, daß da keiner so richtig an dieses Thema ran will. Diese Unübersichtlichkeit ist natürlich auch für diejenigen ganz angenehm, die auf den Fördertöpfen sitzen und über die Mittelvergabe befinden.

Sie haben in einer Rede im Bundestag einmal die Verteilung von Fördermitteln nach dem Gießkannenprinzip kritisiert. Wie müßte Ihrer Meinung nach eine effektive Förderung des ländlichen Raumes aussehen?

Komning: Hinter dem ganzen Förder-system steht kein Masterplan. Irgendjemand in Brüssel, Berlin oder Schwerin denkt sich ein förderwürdiges Ziel aus, besorgt Gelder und verteilt sie dann auf Antrag. Fördertöpfe sind da nur die eine Seite der Medaille, obwohl man auch hier natürlich einiges an Flurbereinigung in Angriff nehmen könnte. Wir müssen aber gerade auch über andere Mittel nachdenken: Bürokratische Hürden, die viel Geld kosten, müssen endlich beseitigt werden. Damit meine ich neben dem Baurecht auch so heilige Kühe wie den Denkmalschutz. Es bringt gar nichts, wenn Ortskerne in Schönheit sterben, weil eine moderne Nutzung nicht möglich ist. Und wir müssen über speziell angepaßte rechtliche Rahmenbedingungen nachdenken. Nicht nur – aber auch – ein angepaßtes Steuerrecht, Arbeitsrecht oder Gewerberecht. Wir müssen endlich mit den Denkverböten aufhören. Das altbekannte Motto – das haben wir noch nie so gemacht, da könnte ja jeder kommen – hat ausgedient.

CHRISTIAN VOLLRADT

Enrico Komning, Jg. 1968, ist AfD-Bundestagsabgeordneter (Mecklenburgische Seenplatte/Vorpommern-Greifswald) und sitzt im Ausschuß für Wirtschaft und Energie. Zuvor war der Rechtsanwalt Mitglied des Landtags in Schwerin.



► www.enrico-komning.de



Angela Merkel (CDU) äußerte sich umfangreich zum Thema Chemnitz und nur am Rande zum Haushalt.

PHOTO: GARY HETFIELD



Alexander Gauland (AfD) warf der Kanzlerin „Sturheit und Rechthaberei“ vor.

PHOTO: MICHAEL KAPPLER



Martin Schulz (SPD) sagte während seiner Abrechnung mit Gauland unter anderem, dieser gehöre „auf den Misthaufen der Geschichte“.

Geht es hier um Politik oder um die AfD?

Von Jörg Blank
und Anne-Boatrice Cismann

BERLIN. Gut 13 Minuten hat sich Martin Schulz angehört, wie Alexander Gauland Straftaten von Asylbewerbern und Flüchtlingen vorträgt und Angela Merkel vorhält, ihre Migrationspolitik gefährde den inneren Frieden im Land. Was dann passiert, ist in Ton und Inhalt ungewöhnlich in diesem hohen Haus: Direkt nach Gauland bittet der SPD-Kanzlerkandidat von 2017 am Mittwoch in der Generaldebatte des Bundestags über Merks Kanzleramtsetzt um das Wort. Voller Emotion versucht er, rhetorische Tricks des AfD-Fraktionschefs zu entlarven. Schulz erinnert Worte und Taktik Gaulands an düsterste Nazi-Zeiten.

Empört ruft der SPD-Mann Gauland zu, dieser bediene sich der „Mittel des Faschismus“. Die Reduzierung auf ein einziges Thema sei ein bekanntes Stilmittel. „Die Migranten sind an allem schuld. Eine ähnliche Diktion hat es in diesem Hause schon einmal gegeben“, warnt Schulz, er meint den Nationalsozialismus. Es sei nun an der Zeit, „dass sich die Demokratie gegen diese Leute wehrt“.

Dann wird der Sozialdemokrat noch deutlicher – um nicht zu sagen: vulgärer. Schulz hat Gaulands Vergleich im Kopf, die Nazi-Zeit sei in der deutschen Geschichte nur ein „Vogelschiss“. Herr Gauland, die Menge von Vogelschiss ist ein Misthaufen. Und auf den gehören Sie in der deutschen Geschichte. Erst bekommt Schulz von der Linken Applaus, am Ende stehen sie auch bei SPD und Grünen auf und klatschen.

AfD-Fraktion verlässt wegen Beschimpfung des Plenums
Nach Schulz' Wutausbruch fällt auch der sonst so beherrschte Gauland kurz aus der Rolle und wird laut. Er ruft dem SPD-Abgeordneten zu: „Das ist nicht mein Niveau, auf dem ich mich mit Ihnen auseinandersetze.“ Schulz versuche, die AfD „aus dem demokratischen Konsens ausgrenzen.“ In dieselbe Kerbe haut später auch der Neubrandenburger Bundestagsabgeordnete Enrico Koning. Er stellt seinen Anhänger

im Internet-Netzwerk Facebook eine rhetorische Frage: „Schulz will die einzige Opposition in Deutschland auf den Misthaufen werfen – wer ist hier der Faschist?“

Vom Parlamentspräsidium ernennt Schulz für seine Wortwahl keine Ermahnung – ebenso wie später Johannes Kahrs (SPD), der in Richtung AfD ausruft: „Hass macht hässlich, schauen Sie in den Spiegel!“ Weil er dafür keinen Ordnungsruf erhält, verlassen die AfD-Abgeordneten geschlossen den Plenarsaal und nehmen ihre Plätze erst nach Kahrs' Rede wieder ein. Es ist nicht das erste Mal, dass Kahrs, immerhin haushaltspolitischer Sprecher der SPD, ausfällig gegen die AfD wird. Direkt nach der Bundestagswahl 2017 hatte er die neuen Abgeordneten als „Rechts-externe Arschlöcher“ bezeichnet und sich von dieser Wortwahl anschließend auch nicht mehr distanzieren wollen.

Gauland hatte zuvor in seiner Rede vor allem zu den Ereignissen in Chemnitz Stellung

genommen – auch wenn es darum in der Generaldebatte eigentlich gar nicht ging. Zur nach den Ausschreitungen aufgekommene Forderung, die AfD solle vom Verfassungsschutz beobachtet werden, sagte Gauland, die AfD habe nichts zu verbergen und deshalb auch keine Angst vor einer möglichen Beobachtung.

Nicht nur Martin Schulz und Johannes Kahrs knöpften sich in der Debatte die AfD vor wie ein roter Faden zog sich die Kritik an den Rechtspopulisten durch fast alle Reden.

Bei Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) war es anders: Gaulands Rede, in der er wie üblich auch ihren Rücktritt forderte, quittierte sie mit demonstrativer Arbeit an ihrem Redemanskript. Danach versuchte sie mit vergleichsweise klaren Worten, die nach den Vorfällen von Chemnitz und Köthen aufgeladene Stimmung im Land zu beruhigen. Eindringlich warnte sie vor Ausgrenzung: „Juden und Muslime gehören genauso

wie Christen und Atheisten zu unserer Gesellschaft.“ Sie verstehe ja, dass viele Menschen aufgewühlt seien durch mutmaßlich von Asylsuchenden begangene Straftaten. Es gebe aber „keine Entschuldigung und Begründung für Hetze, zum Teil Anwendung von Gewalt, Nazi-Parolen, Anfeindungen von Menschen, die anders aussehen, die ein jüdisches Restaurant besitzen, für Angriffe auf Polizisten“.

Haushaltspolitik spielte nur am Rande eine Rolle

Eine kleine Lektion in Realpolitik gibt Merkel dann SPD-Chefin Andrea Nahles, ohne sie beim Namen zu nennen – es geht um Syrien. „Einfach zu behaupten, wir könnten wegsehen, wenn irgendwo Chemiewaffen eingesetzt werden und eine internationale Konvention nicht eingehalten wird, das kann auch nicht die Antwort sein“, sagt sie und meint damit Nahles' kategorische Absage an ein mögliches Eingreifen der Bundeswehr in den Syrien-Krieg. „Von vorn-

herein einfach Nein zu sagen, egal was auf der Welt passiert, das kann nicht die deutsche Haltung sein.“

Der Umgang mit der AfD, bekannte Forderungen je nach politischer Couleur und die Zukunft von Verfassungsschutz-Chef Maaßen (siehe Seite 7) – das sind die Schwerpunkte der Debatte um den Merkel-Etat von Seiten der FDP, SPD, Linksfraktion und der Grünen. Was den eigentlichen Inhalt – den Haushalt für 2019 – angeht, plätschert die Debatte vor sich hin, was vermutlich auch daran liegt, dass es die zweite Haushaltsdebatte binnen eines Jahres ist. Wegen der langen Regierungsbildung war der Haushalt für 2018 nicht wie üblich Ende des Jahres verabschiedet worden, sondern erst im Frühjahr. Und so schien es zumindest am ersten, als würden die Bundestags-Politiker insgeheim sagen: Eine Haushaltsdebatte pro Jahr reicht eigentlich. Daran könnte sich in den kommenden Tagen allerdings noch etwas ändern: Dann werden die einzelnen Etablierten der Ministerien behandelt.

Was der Etat-Einwurf der Regierung im Einzelnen bedeutet, lesen Sie im Artikel unten.

Kein Weg führt aus dem Digi-Tal der Ahnungslosen

Von Carsten Korfmacher

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land der Löcher: Schlaglöcher, Funklöcher und der A20-Krater. Während Letzterer inzwischen geschlossen ist, geht es bei der digitalen Infrastruktur nicht voran. Und jüngste Entwicklungen deuten darauf hin, dass das auch so bleibt.

NEUBRANDENBURG. Die Landkreise des Nordostens gehören bezüglich ihres Standes der Digitalisierung zu den am schlechtesten entwickelten Regionen Deutschlands. Das schreibt das schweizerische Beratungsunternehmen Prognos in einer Studie für das Handelsblatt. Sowohl die Uckermark als auch die sechs Landkreise Mecklenburg-Vorpommerns haben jeweils nur einen von fünf möglichen Sternen erhalten und somit das niedrigstmögliche Ergebnis. Damit gehört der gesamte Nordosten zu den Regionen in Deutschland, die am wenigsten gut auf den digitalen Wandel vorbereitet sind.

In die Studie eingeflossen sind drei große Teilbereiche, nämlich der Arbeitsmarkt digitaler Berufe, die digitale Infrastruktur – also etwa der Breitbandausbau – sowie



Schnelles Surfen? Im Nordosten bleibt dies häufig bloß ein frommer Wunsch.

FOTO: ARNO BURGI

die Informations- und Kommunikationsbranche. Unter den 401 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland erreicht im Nordosten der Landkreis Vorpommern-Rügen den regionalen „Spitzenplatz“ 373. Es folgen die Mecklenburgische Seenplatte (375), die Uckermark (377), Vorpommern-Greifswald (380), Nordwestmecklenburg (381), Ludwigslust-Parchim (397) und der Landkreis Rostock (398).

Einen Hoffnungsschimmer bieten nur die beiden kreisfreien Städte – Schwerin macht Platz 91, Rostock

Platz 119. Die übrigen großen Städte des Nordostens sind nicht erfasst, weil sie nicht kreisfrei sind. Auch die beiden größten Städte Brandenburgs – Potsdam und Cottbus – stehen mit den Plätzen 52 und 132 relativ gut da. Berlin landet bundesweit auf Platz 6. Auf den vorderen Plätzen stehen allgemein Großstädte und großstadtnahe Kreise – vor allem im Süden Deutschlands.

Die Zahlen zeigen vor allem: Trotz der Bemühungen zum Breitband-Ausbau ist Deutschlands digitale Infrastruktur zwischen Stadt und

Land tief gespalten. Und vieles deutet darauf hin, dass das auch so weitergeht. Denn für das kommende Jahr ist die Versteigerung der Frequenzen für den neuen Mobilfunkstandard 5G geplant. Nach Angaben der Bundesnetzagentur sollen bis Ende 2022 mindestens 98 Prozent der Haushalte in Deutschland mit mindestens 100 Megabit pro Sekunde versorgt werden. Außen vor bleibt somit ein Teil jener dünn besiedelte Teil des ländlichen Raums, in dem schnelles Internet so dringend benötigt würde. Mehr sei nicht machbar, behauptete jüngst Kanzleramtschef Helge Braun (CDU). Ein solches Versprechen sei weder „bedarfsgerecht noch realistisch“, denn die verbleibenden zwei Prozent seien „unfassbar teuer“.

Eine Steilvorlage für den Neubrandenburger AfD-Bundestagsabgeordneten Enrico Komning: „Deutlicher kann man nicht ausdrücken, dass einem die Menschen in den ländlichen Räumen vollkommen egal sind.“ Für Frau Merkel bleibe das Thema gleichartige Lebensverhältnisse „ein reines Lippenbekenntnis.“

Mehr auf Seite 5

Kontakt zum Autor
c.korfmacher@nordkurier.de

Aufarbeitung der Einheit

Bundestag debattiert über Wiedervereinigung

pca. BERLIN, 27. September. Die Geschichte des Übergangs in das vereinte Deutschland soll nach dem Wunsch mehrerer Bundestagsfraktionen genauer beleuchtet und mit Blick auf die Tätigkeit der staatlichen Privatisierungsagentur „Treuhand“ als eine Art traumatischer Erfahrung für viele Ostdeutsche auch „aufgearbeitet“ werden. Diesen Wunsch brachten Redner von Union, SPD, Grünen und Linkspartei während einer Debatte zum Ausdruck, die sich am Donnerstag dem Stand der deutschen Einheit widmete. Den dazu gehörigen Jahresbericht, rund 114 Seiten voller Daten und Statistiken zu Wirtschaftskraft, Arbeitsmarkt und Infrastruktur, hatte das Kabinett am Vortag verabschiedet. Angesichts offenkundig wachsender Kluft zwischen Ost und West sah sich die Bundesregierung zudem veranlasst, den Kabinettsausschuss „Neue Länder“ einzuberufen, zum ersten Mal seit fünfzehn Jahren. Der Abgeordnete Christian Hirte, der zugleich Ost-Beauftragter der Bundesregierung ist, sprach in der Debatte von einem „sichtbaren Zeichen“.

Nachdem die Statistiken abermals ein allmähliches Angleichen von Wirtschaftskraft, Beschäftigung, Einkommen und Renten verzeichnen, werden aber auch fortdauernde Strukturunterschiede beziehungsweise Schwächen in den östlichen Ländern vermerkt. So ist die industrielle Basis nach wie vor schmal und fast ausschließlich auf kleine und mittlere Betriebe gestützt. Der CDU-Politiker Hirte sagte aber dennoch, es gebe „insgesamt mehr Grund zu Stolz als Grund zur Klage“. Verschiedenheit präge das Land, es dürfe aber niemand abgehängt werden. Der Zusammenbruch der „ostdeutschen Kombinatwirtschaft“ habe Spuren hinterlassen, die Erfahrungen der neunziger Jahre beschrieb er mit den Worten: „Nicht alles, was damals war, war nur segensreich.“ Er begrüße ein Forschungsprojekt zur Arbeit der Treuhandanstalt.

Der SPD-Politiker Martin Dulig, Wirtschaftsminister in Sachsen, stellt sich die Aufarbeitung als eine Art „Wahrheitskommission“ vor, wobei er nach dem Studium der Begrifflichkeit nicht mehr auf dem Namen besteht. Denn eine „Wahrheitskommission“ war schon der Aufarbeitung des brutalen weißen Apartheidregimes in Südafrika gewidmet, ein Vergleich zur Vorherrschaft, der selbst bei ungünstigster Betrachtung überzogen wirkt. Dulig sagte: „Nie war die Lage so gut, die Stimmung so schlecht“. Es gebe herausgeputzte Städte und neue Straßen, aber viele Ostdeutsche fühlten sich „unfair behandelt und unbeheimatet in unserer Republik“.

Durch einen betont polemischen Beitrag fiel die AfD auf. Deren Redner Enrico Komning behauptete, die Bundesregierung wolle in Gesamtdeutschland eine „DDR 2.0“ errichten, wober sich Ulbrich, Honecker und Mielke im Jenseits die Hände reiben würden. Die Bürger, die in Ostdeutschland nach seinen Angaben massenhaft demonstrierten wollten „mehr Freiheit wagen“, so der AfD-Politiker, indem er Willy Brandt zitierte. Der SPD-Politiker Dulig sagte dazu, die AfD betrachte den Osten als „Versuchskaninchen für ihre Umsturzphantasien.“ Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt bilanzierte nach 28 Jahren deutscher Einheit: „Wir haben manches richtig gemacht, aber zu vieles falsch.“ Nur Geld und höflich machen reiche nicht, es brauche Anerkennung und Kennenlernen, immer noch. Es gebe „das Trauma der Treuhand“. Die Thüringerin mahnte: „Nehmen Sie den Osten ernst – die sorgen sich über die Entwicklung in unserem Land und um die eigene Zukunft. Der Osten muss nicht zum Westen werden, der Osten ist anders.“ Bei der Diskussion um die Einheit gehe es nicht darum, wer gewinnt, sondern: „Hier geht es darum, dass wir zusammengehören, dass alle dazugehören, auf Augenhöhe, gleichermaßen in diesem Land – das wäre, was ich mir unter deutscher Einheit vorstelle.“

Angst vorm Migrationsabkommen?

Von Natalie Meinert

Der aus Neubrandenburg stammende AfD-Abgeordnete Enrico Komning warnt vor dem UN-Migrationspakt, der im Dezember unterzeichnet werden soll. Worum geht es bei dem umstrittenen Vorhaben? Die wichtigsten Aspekte im Überblick.

NEUBRANDENBURG. „Dieser Pakt stellt alles Bisherige in den Schatten. Es ist ein toxisches Papier“ – mit diesen Worten bewertet Enrico Komning auf seiner Seite im Internet-Netzwerk Facebook das UN-Migrationsabkommen. Das Dokument soll im Dezember unterzeichnet werden – wahrscheinlich von 191 Staaten. Das Abkommen soll ein „globaler Pakt für sichere, reguläre und geordnete Migration“ sein, wie es heißt. Komning will in den kommenden Wochen durch die Region reisen (Neubrandenburg 25. Oktober, Anklam 12. November, Demmin 6. Dezember), um über das Abkommen aufzuklären, wie er schreibt. Damit meint er: Vor dem Papier zu warnen. Denn er prophezeit, dass es die Migrationsströme nach Deutschland noch verschärfen könnte – doch längst nicht alle sehen das so.

Was steht in dem Migrationsabkommen?

In dem Dokument wird erklärt, dass die teilnehmenden Länder in puncto Migration zusammenarbeiten sollen. Auf 34 Seiten werden 23 Ziele vorgegeben, der Fokus liegt auf dem Schutz der Menschenrechte. Unter anderem wird festgehalten, dass die teilnehmenden Staaten die Gründe für Zuwande-



Das UN-Migrationsabkommen setzt sich mit jenen auseinander, die freiwillig ihr Land verlassen, um woanders zu leben und zu arbeiten. Ein Flüchtlingsabkommen soll zu einem späteren Zeitpunkt verhandelt werden.

FOTO: ARTURO MONROY

rung berücksichtigen und minimieren wollen. Dazu gehören der Klimawandel, Naturkatastrophen, Konflikte und andere menschengemachte Ursachen. Es sollte für bessere Lebensbedingungen vor Ort gesorgt werden, um irreguläre Migration zu verhindern. Die Länder sollten gegen Menschenhandel,

Arbeitsausbeutung und Diskriminierung kämpfen. Auch sollten Landesgrenzen sicher und koordiniert verwaltet werden. In den Ankunfts-ländern seien Sicherheit und möglichst gute Hilfen zur Integration für Migranten ideal. Auch eine sichere Integration zurück in das Heimatland sollte gewährleistet werden.

Kann Deutschland dann nicht mehr selbst über Migration nach Deutschland entscheiden?

Dies ist einer der Haupt-Kritikpunkte der AfD. So behauptet die Partei in einem Facebook-Video, dass durch das Abkommen die Souveränität der Staaten abgeschafft werde. In dem Migrations-

pakt steht allerdings, dass der Pakt nicht verpflichtend sei und die Gesetze der jeweiligen Länder weiterhin gelten. Rainer Breul, ein Sprecher des Auswärtigen Amtes, stellte am 12. Oktober in der Bundespressekonzferenz den Standpunkt der Regierung dar: „In den letzten Tagen gab es einiges an Aufregung und, wie wir fanden, auch einiges an Fehlinterpretation und Fehlinformation. Der Globale Migrationspakt wird kein völkerrechtlicher Vertrag sein. Folglich werden keine völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesregierung begründet. Ebenso wenig werden durch den Globalen Migrationspakt nationale Hoheitsrechte eingeschränkt oder übertragen.“

Werden durch den Pakt Geflüchtete und Migranten gleichgestellt?

Nein. Geflüchtete gehören nicht zu der Gruppe von Zuwanderern, um die es in diesem Pakt geht. Menschen, die aus größter Not ihr Land verlassen müssen und deren Leben in der Heimat bedroht ist, gelten nach Genfer Flüchtlingskonvention als Geflüchtete. Ein freiwilliger Umzug in ein anderes Land hingegen gilt als Migration. Ein separates UN-Abkommen über Geflüchtete soll übrigens bis Ende des Jahres erarbeitet werden. In dem könnten auch Flüchtlingszahlen vorkommen, die in Notfällen aufgenommen werden sollten. Es wird – genauso wie das Migrationsabkommen – nicht verpflichtend sein.

Kommen jetzt ganz viele Migranten nach Europa?

Philipp Amthor, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Vorpommern, sagt dazu: „Es ist

schlichtweg eine Falschbehauptung, dass der UN-Migrationspakt Tür und Tor für Wirtschaftsmigranten nach Europa öffnen würde. Es geht im UN-Migrationspakt nicht darum, illegale Migration zu legalisieren, sondern darum, reguläre Migration zu ordnen und zu steuern und irreguläre Migration zu bekämpfen.“ An der bisherigen Handhabung der Migration wird sich also in Europa nicht viel ändern. Das Abkommen soll sich besonders an afrikanische und asiatische Regierungen richten, da diese die meisten Migranten beherbergen.

Wer wird das Abkommen unterschreiben?

Von den 193 UN-Mitgliedsstaaten werden wahrscheinlich 191 das Abkommen unterzeichnen. Zu diesem gehören neben Deutschland auch Länder wie Italien, die Vereinigten Arabischen Emirate oder Libyen. Die Vereinigten Staaten und Ungarn werden mit Sicherheit nicht unterschreiben. Österreich steht auf der Kippe, wie Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) diese Woche bekannt gab: „Wir sehen einige Punkte, die in diesem Abkommen enthalten sein sollen, sehr kritisch.“ Auf die Absage der USA reagierte der UN-Generalsekretär Antonio Guterres mit den Worten: „Die USA sind selbst das geworden, was sie sind, weil sie ein Einwanderungsland waren.“

Wozu dient das Abkommen?

Migration ist globale Realität. Das Abkommen dient als Signal, dass Menschenrechte auch bei Migranten eingehalten werden müssen.

Kontakt zur Autorin
n.meinert@nordkurier.de

Schulamt urteilt über AfD-Beschwerde

Von Paulina Jasmer

Heiko Böhnke, Schulleiter in Friedland, sieht sich mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde konfrontiert. Die hat AfD-Mann Enrico Komning eingeleitet, weil er durch den Schulleiter das an Schulen herrschende Neutralitätsgebot verletzt sieht.

FRIEDLAND. Heiko Böhnke möchte Klarheit. Das sagt er frank und frei heraus. Die Lehrer im Land müssten wissen, woran sie sind. Dem Schulleiter der Neuen Friedländer Gesamtschule (NFG) ist klar, dass er sich wegen der Aktion, die vor den Herbstferien in seiner Schule stattgefunden hat, verantworten und sich nach eigenen Angaben auch vor seinem Arbeitgeber erklären wird. Denn wie das Bildungsministerium auf Nachfrage sagt, liegt eine Dienstaufsichtsbeschwerde beim Staatlichen Schulamt Neubrandenburg vor. Diese werde zurzeit geprüft.

Am Freitag vor den Herbstferien hatte der Neubrandenburger AfD-Bundestagsabgeordnete Enrico Komning in einer Mitteilung erklärt, dass er gegen den NFG-Schulleiter eine Dienstaufsichtsbeschwerde einreichen werde. Hintergrund war eine Aktion an der Friedländer Schule namens „WarmUp! – Jugendkultur für Demokratie“. Die Mecklenburger AnStiftung zeichnet hierfür verantwortlich. Symbolfigur Storch Heinar war deswegen in der Gesamtschule unterwegs, weswegen sich Eltern an Enrico Komning gewandt haben sollen. Sie fürchteten nach seinen Angaben Repressionen für ihre Kinder, sollten diese nicht das kostenlose Storch-Heinar-T-Shirt anziehen.

Enrico Komning erklärte seinen Schritt, sich zu beschweren, auch damit, sich um seinen Wahlkreis kümmern zu wollen. Außerdem sah er das Neutralitätsgebot an Schulen verletzt. Er kündigte an, dieses Thema im Schweriner Landtag anschieben zu wollen. Schul-



Gibt es Ärger an der Friedländer Gesamtschule? Schulleiter Heiko Böhnke (oben links) sieht sich mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde des AfD-Bundestagsabgeordneten Enrico Komning (unten links) konfrontiert.

FOTO: PAULINA JASMER

leiter Heiko Böhnke hatte angesichts der Kritik gelassen reagiert (der Nordkurier berichtete).

Außerschulische Träger ausdrücklich erwünscht

Eher „amüsiert“ über das Vorgehen Enrico Komnings hatte sich Julian Barlen, SPD-Generalsekretär in Mecklenburg-Vorpommern, gezeigt. „Vor 2017 war es vor allem die NPD, die erfolglos versuchte, Eltern und Schulen zu verunsichern und jegliches Engagement für Demokratie zu verunglimpfen. In den letzten Monaten versucht die AfD vermehrt Stimmung zu machen“, bilanzierte er im Internet. Er hätte sich gewünscht, wenn sich die AfD vor Ort mehr für das Thema „Diskriminierung und Menschenrechte“ interessiert hätte. Problem für die AfD wäre jedoch gewesen, dass sie sich hätte Zeit nehmen müssen, offen und inhaltlich über den Wert der Demokratie und Freiheit zu diskutieren. Sie hätte darüber hinaus festgestellt, dass während des Projekttag keine parteipolitischen Aussagen getätigt worden seien, behauptete der Generalsekretär.

Enrico Komnings Vorgehen wirft im Hinblick auf das Projekt weitere Fragen auf. Warum hat er sich ausgerechnet jetzt zum Thema



Schulleiter Heiko Böhnke
FOTO: PAULINA JASMER



AFD-Abgeordneter Enrico Komning
FOTO: CLAUDIA KLENE

geäußert? Denn Ende Juni hatte die Integrative Gesamtschule (IGS) in Neubrandenburg beispielsweise gar eine Plakette erhalten – wegen der dreijährigen Teilnahme an diesem Projekt (der Nordkurier berichtete). Damals hatte es keine Dienstaufsichtsbeschwerden gegeben. Und Neubrandenburg zählt ebenfalls zu Komnings Wahlkreis.

Seine Reaktion: „Ich habe durch Friedland das erste Mal Kenntnis über dieses Projekt erlangt. Dass es in Neubrandenburg auch so etwas gibt oder gab, ist traurig.“ Er sehe allerdings von weiteren Dienstaufsichtsbeschwerden ab. Es bringe ja nichts, wenn das Thema in einer Schule schon Jahre laufe. Er hoffe, dass sich durch seine Intervention „das Projekt künftig

richt oder im Rahmen von Projekttagen in unterschiedlicher Weise umsetzen. „Es steht ihnen frei, zur Meinungsbildung der Schüler Vertreter aller gesellschaftlich relevanten Institutionen, Organisationen und Gruppen in den Unterricht einzubeziehen.“

Aber auch andere Auffassungen, die für den Unterrichtsgegenstand unter Berücksichtigung des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Schule erheblich seien, sollten zur Geltung kommen, heißt es weiter.

Meinungsbildung nicht durch Vorgaben

Der Ministeriumssprecher nimmt Bezug auf den Beutelsbacher Konsens, der eingehalten werden müsse. Der Konsens besage vor allem, dass Schüler nicht indoktriniert oder in ihrer Meinungsbildung durch Vorgaben der Lehrkräfte überwältigt werden dürfen.

Mit dem gleichen Ansatz argumentierte im Übrigen auch Enrico Komning, der durch einen Mitarbeiter seines Berliner Büros noch ausgerichtet ließ, dass er keinen politischen Einfluss durch seine Beschwerde ausüben, sondern „einseitigen politischen Einfluss“ unterbinden wolle. Laut Bildungsministerium müsse die Kontroversi-

tät von gesellschaftlichen Debatten zu politischen Themen, die sich nicht zuletzt in den Haltungen der unterschiedlichen Parteien widerspiegeln, auch stets in der Bildungsmaßnahme abgebildet werden. „Meinungen, Haltungen und Aktivitäten, die sich gegen den Grundgesetzkatalog des Grundgesetzes richten, können sich jedoch nicht auf das Kontroversitätsgebot des Beutelsbacher Konsenses berufen“, zitiert der Sprecher weiter. Ihnen dürfe und müsse widersprochen werden.

Aber: „Das Neutralitätsgebot darf nicht mit Wertneutralität verwechselt werden. Schule hat den klaren Auftrag, Schülerinnen und Schülern die freiheitlichen und demokratischen Grund- und Menschenrechte zu vermitteln und fußt mit ihrem gesetzlichen Bildungsauftrag auf den Werten des Grundgesetzes“, erklärt er.

Wie nun aber im Rahmen der vorliegenden Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Heiko Böhnke entschieden wird, ließ der Sprecher auf Nachfrage offen. Er könne dazu keine Angaben machen und in dieser Sache vorgreifen, weil die Überprüfung noch nicht abgeschlossen sei.

Kontakt zur Autorin
p.jasmer@nordkurier.de

Widerstand gegen Pakt steigt weltweit

Von Carsten Hoffmann

Der Wind hat sich gedreht. Auch gegen eine international gerollte Migration aus den ärmlichen Staaten der Welt mit oft schnell wachsenden Bevölkerungen gibt es nun Widerstände. Das Österreich als EU-Ratsvorsitzender aus dem UN-Migrationspakt aussteigt, ist nur ein Beispiel.

SOZIAL. Kriege, Klimawandel, Wirtschaftskrisen: Die Migrationen der letzten Jahre könnten der Auftakt für große Wanderungsbewegungen sein, fürchten Experten. So warnt der Chef des Welternährungsprogramms (WFP), David Beasley, vor einem „maximalen Sturm“, der sich in der größeren Sahel-Region zusammenbraue. Beispiel Nigeria, eines der ärmsten Länder der Welt: Dort gebären Frauen im Durchschnitt 7,5 Kinder – die weltweit höchste Geburtenrate. Die Bevölkerung soll sich nach UN-Prognosen von derzeit 185 Millionen Menschen bis 2100 auf 914 Millionen mehr als vervierfachen.

Mit einem UN-Migrationspakt wollen die Vereinten Nationen einen Baustein zur Lösung des Megathemas Migration liefern. Gegen die unregelmäßigen Wanderungsbewegungen der vergangenen Jahre, die in der EU von einem Aufschwung rechtsnationaler und populistischer Parteien begleitet wurden, soll ein Regelwerk gestellt werden, das Flucht und Migration besser organisiert, ohne rechtlich verbindlich zu sein. Die Widerstände wichtiger Staaten sind aber enorm, und die praktische Umsetzung hat noch nicht einmal begonnen.

Auch Tschechien stieg gestern aus dem Pakt aus. Nach den USA, Ungarn und Australien hat auch Österreich erklärt, sich aus dem Migrationspakt zurückzuziehen. Am Donnerstagabend erklärte auch Tschechiens Regierungschef Andrej Babis, den Pakt nicht unterschreiben zu wollen.

Die Regierung in Wien, die derzeit den EU-Ratsvorsitz innehat, begründete dies mit der Sorge, dass Österreich bei

einer Unterzeichnung nicht mehr selbst bestimmen könne, wer ins Land kommen dürfe (siehe Dokumentation links). Außerdem drohe eine Vermischung von legaler und illegaler Migration, von Arbeitsmigration und Asyl, sagt Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP). Er kritisiert auch ein Verbot von Massenabschiebungen.

Auch die US-Regierung sieht einen Eingriff in die eigene Souveränität. Schon im Dezember erklärte die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, „unsere Entscheidungen über Einwanderungspolitik müssen immer von Amerikanern getroffen werden, und nur von Amerikanern“. Zur Abschreckung Tausender Migranten aus Mittelamerika kündigte US-Präsident Donald Trump an, dass zwischen 10 000 und 15 000 Soldaten an der Grenze zu Mexiko stationiert werden könnten.

Pakt stellt Forderungen auch an Herkunftsländer. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die gesamte Bundesregierung sind für den Pakt – hingegen warnt in Deutschland vor allem die AfD mit Verve vor dem Pakt. Der Neubrandenburger AfD-Abgeordnete Enrico Kemming turnt derzeit sogar mit einer Serie von Info-Abenden durch Mecklenburg-Vorpommern, um über den Pakt „aufzuklären“, wie er sagt.

Dass Angela Merkel für das Vorhaben ist, passt zu ihrem viel gescholtenen Kurs, nach der deutschen Willkommenskultur und der Flüchtlingskrise nun den Weg zurück zu einer Ordnung zu finden, die andere EU-Länder einbindet. Doch ist sie damit in den vergangenen Jahren nicht entscheidend vorangekommen. Nun ist Merkel politisch auf dem Rückzug.

Der UN-Migrationspakt soll am 10. und 11. Dezember in Marokko unterzeichnet werden. Das Dokument richtet Forderungen an Herkunftsländer und Aufnahmeständer. Geplant sind Maßnahmen gegen Identitätsbetrug, eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern und ein Schutz der Migranten vor Ausbeutung.

Zudem sollen Migranten beim Bezug von Unterstützungsleistungen nicht benachteiligt werden und vollständig in Gesellschaften eingegliedert werden. In den Aufnahmeständen sollen Bedingungen geschaffen werden, die es Migranten erlauben, „unsere Gesellschaften mit ihren humanen, wirtschaftlichen und sozialen Fähigkeiten zu bereichern“. Rettungseinsätze wollen die UN international besser koordinieren, „um den Tod und die Verletzung von Migranten zu verhindern“.

Das betrifft auch die Lage im Mittelmeer, zuletzt Hauptroute für Flüchtlinge nach Europa. Die im Jahr 2015 begonnenen Einsätze privater Rettungsschiffe vor der Küste Nordafrikas sind praktisch zum Erliegen gekommen. So liegt das Rettungsschiff „Aquarius 2“ im Hafen von Marseille an der Kette, nachdem Panama das Rettungsschiff aus seinem Schiffsregister gestrichen hat.

Erheblicher Druck der neuen italienischen Regierung und das Schweigen anderer Staaten zeigen, wie sehr sich die Stimmung gegen die Einsätze gedreht hat. Gesperrte Häfen für die Rettungsschiffe, der Ausbau der Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache bis hin zu Plänen einer neuen Zusammenarbeit mit Ägypten in der Migrationsthematik – die Sicherheitspolitik haben übernommen. Inzwischen setzt die EU auf die libysche Küstenwache, die aufgerüstet wurde, um Migranten an der Fahrt mit Kurs Europa zu hindern.

Es geht auch um die Lage auf dem Mittelmeer.

Fast 80 000 Bootsflüchtlinge haben allein Schiffe mit Helfern der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ seit 2015 nach Europa gebracht. Die Verteilung der Menschen hat immer wieder zu erbittertem Streit geführt – aber auch zu einer Grundsatzfrage: Halten die Helfer eine Migrationsbewegung in Gang und beschleunigen sie gar? Als die renommierte Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT im Sommer dieser Frage einen Pro-Contra-Kommentar widmete, löste das einen regelrechten Medienkandal aus (Nordkurier berichtet). Dabei hatte schon 2017 die EU-Grenzschutzagentur Frontex die Rettungseinsätze der privaten Helfer vor Libyen kritisiert. Die Geschäfte krimineller Netzwerke und Schlepper sollten nicht noch dadurch unterstützt werden, dass die Migranten immer näher an der libyschen Küste von europäischen Schiffen aufgenommen würden, sagte Frontex-Direktor Fabrice Leggeri damals. Das führe dazu, dass Schleuser noch mehr Migranten auf die seewärtigen Boote zwingen. Die NGO widersprach vehement und wehrte sich gegen eine „Kriminalisierung“ ihrer humanitären Mission. Es gehe darum, Leben zu retten – und um nichts anderes, hieß es seinerzeit etwa von „Ärzte ohne Grenzen“.



Am UN-Migrationspakt wollen sich immer mehr Länder nicht beteiligen. FOTO: MARY ALSTON / ANSA

Quelle: Süddeutsche Zeitung 08.11.2018

Volle Stadt. ödes Land

Seehofer sucht Lösungen für auseinanderdriftende Regionen

Berlin — Mit Superlativen wurde nicht gespart bei der sogenannten Orientierungsdebatte im Parlament. Eine "titanische Aufgabe" sei zu lösen, sagte Heimatminister Horst Seehofer (CSU) am Mittwoch im Bundestag. Auf der Tagesordnung standen dort "gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland" — ein Thema, dessen Bedeutung für den gesellschaftlichen Frieden Redner aller Fraktionen über Stunden nicht müde wurden zu betonen.

Denn von Gerechtigkeit zwischen den Regionen kann keine Rede sein. Nach einem Atlas des Innen- und Heimatministeriums, der das Wohlstands- und Wohlfühlgefälle in Deutschland veranschaulicht, nahmen zwölf Prozent der Landkreise 2016 weniger als 700 Euro Steuern pro Kopf ein. Die meisten davon lagen in Ostdeutschland. Ähnlich niedrig fielen die Einnahmen nur in fünf westdeutschen Landkreisen aus, etwa in der Südwestpfalz und Neunkirchen im Saarland. In München, Ingolstadt und Frankfurt lagen die Steuereinnahmen im Schnitt etwa dreimal so hoch, bei mehr als 2000 Euro pro Kopf. Fast 40 Prozent der Landkreise und kreisfreien Städte in Ostdeutschland verzeichneten 2016 ein Bruttoinlandsprodukt von weniger als 55 000 Euro pro Erwerbstätigem. An Industriestandorten wie Ludwigshafen, Wolfsburg oder im Raum München lag es bei deutlich mehr als 100 000 Euro.

Und während ländliche Räume sich leeren, geht in Städten der Wohnraum aus. Zwischen 2000 und 2016 verzeichneten 78 Großstädte 1,6 Millionen neue Einwohner. In Baden-Württemberg und Bayern wurden auch ländliche Räume beliebter. Einige ostdeutsche Landkreise verloren indes ein Fünftel ihrer Einwohner. Perspektivlosigkeit kommt aber auch mit Bildungsarmut daher. Im Jerichower Land in Sachsen-Anhalt lag die Schulabbrecherquote 2016 bei gut 14 Prozent und mehr als doppelt so hoch wie im Bundesschnitt.

Es müsse ein "Förder- und Anreizsystem" geschaffen werden, um das Auseinanderdriften ärmerer und reicherer Kommunen aufzuhalten, sagte Heimatminister Seehofer am Mittwoch im Bundestag. Er sitzt mit Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) und Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) einer Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse vor. Es gebe "überhitzte Ballungsräume" und verödete ländliche Räume, so Seehofer. Um dies zu ändern, brauche es keinen "zentralstaatlichen Dirigismus", wohl aber partnerschaftliche Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen. Letztere kämpften oft mit Altschulden, die sie nicht selbst verursacht hätten. Die Bundesregierung wolle Konzerne zu Investitionen in strukturschwachen Regionen bewegen. Seehofer, der zwischen München und Ingolstadt oft im Stau steht, will auch die Pendlerströme reduzieren. Bei jedem Verkehrsplan, der beschlossen werde, bei jedem Breitbandausbau oder bei Ansiedlung wissenschaftlicher Institute, müssten die Ressorts sich fragen: "Welche Folgen hat die Entscheidung für das Erreichen gleicher Lebensverhältnisse in Deutschland?"

Die Opposition reagierte zurückhaltend. Die Bundesregierung lasse ländliche Räume "seit Jahren links liegen", monierte der AfD-Politiker Enrico Komning. Etliche Redner forderten bessere Mobilfunknetze, gute Nahverkehrsangebote, Breitbandausbau. Mit technischen Angeboten allein sei es nicht getan, so Familienministerin Giffey. Die Menschen müssten "daran beteiligt werden", ihre Region zu entwickeln.

16 Milliarden Euro gebe die Regierung für Infrastruktur- und Wohnungspolitik aus, verteile sie aber oft wirkungslos "im Gießkannenprinzip", sagte Linda Teuteberg (FDP). Nötig sei ein Einwanderungsgesetz für Fachkräfte und "gezielte steuerliche Entlastung". Kommunen müssten von Altschulden befreit werden, forderte Landwirtschaftsministerin Klöckner. Wer mit dem Bus nicht bis zum Facharzt komme, könne "auch nicht zur Demo oder zur Bürgerversammlung", sagte Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt. Ostdeutsche seien "unterrepräsentiert in der Politik". Er hoffe, so Linksfraktionschef Dietmar Bartsch, dass die neue Kommission mehr "als ein Arbeitskreis mit edlem Büffet" werde. CONSTANZE VON BULLION

(c) Süddeutsche Zeitung GmbH, München

Quelle: Junge Freiheit 07.12.2018

„Zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen“

Initiative im Bundestag: Einsatz der Boote gegen Schleuser könnte Leben im Mittelmeer und Arbeitsplätze an der Ostsee retten

Herr Komning, die Bundesregierung hat den Export von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien gestoppt. Ist das nicht berechtigt, angesichts der massiven Vorwürfe, wonach höchste Regierungsvertreter wie der Kronprinz des Golfstaates für die mutmaßliche Ermordung des Journalisten Khashoggi verantwortlich sind?

Komning: Ich bin sogar überzeugt davon, daß Waffenexporte nach Saudi-Arabien falsch sind, wie ich grundsätzlich gegen Waffenexporte in kriegsführende Länder bin. Allerdings kann man durchaus darüber diskutieren, ob diese rein defensiv ausgerichteten, zur Überwachung ausgelegten Patrouillenboote tatsächlich Waffen in diesem Sinn sind. Darauf kommt es hier aber nicht mehr an, denn Frau Merkel hat nun einmal auch für diese Boote die Ausfuhrerlaubnis widerrufen. Allerdings kann die Peene-Werft nichts dafür. Sie hat im Hinblick auf die realpolitische Lage Verträge geschlossen und daraufhin disponiert. Das gilt es unter Vertrauensschutzgesichtspunkten unbedingt zu berücksichtigen.

Betroffen von dem Ausfuhrstopp sind 35 von den Saudis bei der Peene-Werft in

Wolgast bestellte Patrouillenboote. Dort fürchtet man um mindestens 350 Arbeitsplätze. Wolgast liegt in Ihrem Wahlkreis, wie erleben Sie die Stimmung dort?

Komning: Ich erlebe eine tiefe Verunsicherung bei den Menschen. Die Peene-Werft ist der wichtigste Arbeitgeber der Region. Der Wegfall dieser Arbeitsplätze wird auf Jahre nicht zu kompensieren sein. Ich erlebe aber auch große Wut bei den Menschen. Wut auf eine Regierung, die jedem islamistischen Gefährder zwei Ehefrauen und neun Kinder finanziert, die Verzweiflung der eigenen Bürger aber mit einem Schulterzucken abtut. Es ist wichtig, den Menschen eine echte Perspektive aufzuzeigen, und die muß eine florierende Peene-Werft beinhalten.

„Die Politik kümmert sich nicht“, lautet ein Vorwurf von Unternehmern vor Ort. Teilen Sie diese Meinung?

Komning: Auf die Idee kann man ja auch kommen, wenn Landesminister Harry Glawe (CDU) die Werft-Arbeiter mit Umschulungsmaßnahmen abspenst und von der Bundes-

regierung viele „Vielleichts“ und „im nächsten Jahr“ kommen. Ich würde aber einschränken: Diejenigen politischen Kräfte, die momentan an der Macht sind, kümmern sich nicht. Und das sind SPD und CDU.

Wolgasts parteiloser Bürgermeister Weigler sagte, der erste, der sich auf seinem Brandbrief gemeldet habe, seien Sie gewesen. Haben Sie eine Idee, wie man der Peene-Werft in dieser Situation helfen könnte?

Komning: Ja, die habe ich, und hierüber werde ich auch Anfang Dezember bei meinem Treffen mit dem Wolgaster Bürgermeister Weigler sprechen. Die Patrouillenboote sind für den Küstenschutz ausgelegt. Es besteht dringender Handlungsbedarf, die Massenfahrt über das Mittelmeer zu stoppen, will man weitere Todesopfer vermeiden. Man könnte hier zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Der Bund übernimmt die restlichen, eigentlich für Saudi-Arabien gedachten Patrouillenboote und stellt sie den Küstenwachen der afrikanischen Mittelmeerstaaten zur Verfügung, um die Flucht schon im Keim ersticken zu können. Damit

kann die Peene-Werft planungssicher weiterarbeiten, und der Fluchtindustrie mit unzähligen Menschenopfern wird der Garaus gemacht.

Wie soll Ihr Vorschlag konkret umgesetzt werden – und wie ist bisher die Resonanz darauf?

Komning: Ich habe hierzu meiner Fraktion einen Antragsentwurf unterbreitet, der hoffentlich trotz der hohen Antragsdichte im Plenum noch in diesem Jahr im Bundestag beraten wird, denn die Zeit drängt – sowohl für die Peene-Arbeiter als auch für die Menschen, die auf dem Mittelmeer ihr Leben riskieren. Ob wir mit diesem Antrag im Bundestag Gehör finden, ist eingedenk der Borniertheit der Altparteien allerdings mehr als fraglich.

CHRISTIAN VOLLRADT

Enrico Komning, Jg. 1968, ist AfD-Bundestagsabgeordneter (Mecklenburgische Seenplatte/Vorpommern-Greifswald) und sitzt im Ausschuß für Wirtschaft und Energie. Zuvor war der Rechtsanwalt Mitglied des Landtags in Schwerin.

www.enrico-komning.de



Quelle: Nordkurier Neubrandenburg 16.01.2019

AfD: Bundestag soll über die Peene-Werft diskutieren

Von Gabriel Kords

Der Neubrandenburger AfD-Abgeordnete Enrico Komning schlägt vor, die Wolgaster Patrouillenboote im Mittelmeer einzusetzen.

WOLGAST/BERLIN. Die AfD-Fraktion im Bundestag hat am Dienstag einen Antrag zur Peene-Werft in Wolgast vorgestellt. Das Papier, das maßgeblich vom Neubrandenburger AfD-Abgeordneten Enrico Komning erstellt wurde, fordert die Bundesregierung auf, die noch nicht fertiggestellten Patrouillenboote für Saudi-Arabien, die vom kürzlich verhängten Exportstopp betroffen sind, fertig bauen zu lassen. Die Boote sollten dann nordafrikanischen Mittelmeer-Anrainerstaaten für die Grenzsicherung zur Verfügung gestellt werden.

Der Plan entspricht einer Forderung, die Komning bereits im November erhoben hatte. Damals hatte die Bundesregierung im Zuge des wohl von Saudi-Arabien veranlassten Mordes am Journalisten Jamal Khashoggi



Enrico Komning FOTO: HIRSCHBERGER

einen Exportstopp verhängt, wodurch unklar ist, was aus den 35 noch nicht gebauten Booten wird, die unter den Exportstopp fallen. Auf der Peene-Werft herrscht seitdem Kurzarbeit, der Frust in der Stadt ist groß.

Vor Kurzem war bekannt geworden, dass die Bundesregierung prüft, den Auftrag für einige der Boote zu übernehmen – aber nicht, um diese an Mittelmeer-Staaten weiterzugeben, sondern für eigene Behörden wie Zoll oder Küstenwache. Gleichwohl sagte Komning: „Die Bundesregierung lässt die Betroffenen im Regen stehen.“ Seit Monaten komme die Lösungssuche aus

seiner Sicht nicht voran. Die Mitarbeiter bräuchten Vertrauensschutz.

Zur Begründung des Antrags heißt es in dem Papier: „Die weiterhin ungelöste Migrationskrise erlebt auf dem Mittelmeer fortgesetzt neue Höhepunkte. Rund 1600 Menschen kamen allein 2018 bisher beim Versuch der illegalen Einreise nach Europa über die Mittelmeerroute ums Leben. Es ist daher extrem wichtig, dass die Mittelmeerroute ein für alle Mal geschlossen wird.“ Die Boote seien von ihrer Bauart her geeignet, in Seenot und in Lebensgefahr geratene Migranten schnell und sicher aufzunehmen und sie an ihren Ausgangsort zurückzubringen.

Beraten werden soll das Plenum über den Antrag voraussichtlich am Donnerstagabend. Komning dürfte Kritik von allen übrigen Fraktionen sicher sein – gibt es um den Umgang mit Mittelmeer-Flüchtlings doch erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Kontakt zum Autor
g.kords@nordkurier.de

Vorpommern-Schlagabtausch im Bundestag zur Peene-Werft

Von Gabriel Kords

Auf Antrag eines AfD-Manns diskutierten gestern fünf Bundestagsabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern im Bundestag über die Peene-Werft und die Boote für Saudi-Arabien. Die Rollen waren klar verteilt: Alle gegen die AfD. Was aber auch heißt: Eine Lösung für die Werft hat nach wie vor niemand parat.



Enrico Komning (AfD) stellte den Antrag vor ...



...und prompt schulmeisterte Philipp Amthor (CDU) drauf los.

BERLIN/WOLGAST. Freud und Leid des Daseins in der Fundamental-Opposition erlebte gestern der Neubrandenburger AfD-Abgeordnete Enrico Komning: Einerseits, wie schön einfach man sich mit kühnen Forderungen ins Bundestags-Plenum stellen und sie lautstark vertreten kann, weil sowieso klar ist, dass sie nicht umgesetzt werden. Andererseits, wie ermüdend es ist, wenn man selbst fünf Minuten über seinen Vorschlag reden darf und anschließend von insgesamt sieben Rednern für rund 40 Minuten mehr oder weniger wüst dafür belegt wird.

Der Reihe nach: Zu später Stunde stellte Komning dem mäßig begeisterten und noch mäßiger gefüllten Parlament seinen Vorschlag vor, die Bundesregierung möge den Auftrag für die saudi-arabischen Patrouillenboote, der von ihr infolge des Mords an Jamal Khashoggi gestoppt wurde, übernehmen. Die Schiffe sol-

le der Bund aber nicht selbst behalten, sondern an nordafrikanische Länder weitergeben, die damit Menschen von der Flucht übers Mittelmeer abhalten sollten. Zwei Fliegen würden so mit einer Klappe geschlagen – die Wolgaster Werft gerettet und die „Mittelmeerroute“ geschlossen. Die Bundesregierung sei in der Pflicht, die Wolgaster Werft-Mitarbeiter zu unterstützen, denn sie habe den Exportstopp verursacht: „Verträge sind einzuhalten. Und bei Vertragsstörungen muss der Störer haften“, hielt der Jurist der Regierung vor.

Sprach's, ging ab und musste sich sodann von Philipp Amthor (CDU), ebenfalls Jurist, vorhalten lassen, dass er sich die Welt im Allgemeinen und die Rechtslage im Besonderen vielleicht doch etwas zu einfach vorstelle. Was Komning sich da vorstelle, sei schlicht nicht möglich, führte Amthor aus: „Es blendet völlig das Vergaberecht in Deutschland aus und alle Regeln, die es für

öffentliche Haushalte gibt.“ Ein Argument, dass später auch vom Wismarer SPD-Abgeordneten Frank Junge aufgegriffen wurde – und freilich etwas dünn ist, weil die Regeln, auf die Amthor und Junge abzielten, natürlich jederzeit geändert werden könnten – und zwar vom Bundestag.

Geschenkte Boote gibt es in Nordafrikas Staaten schon

Amthor schulmeisterte aber noch weiter. Komnings Mittelmeer-Vorschlag klinge ja „durchaus schlau“, lobte er. Und tadelte: „Aber vielleicht hätten Sie zur Kenntnis nehmen können bei erster Recherche, dass es so ist, dass etwa Libyen von Italien fünf Küstenschutzboote geschenkt bekommen hat. Patrouillenboote, die jetzt ungenutzt in tunesischen Häfen liegen, weil es in Libyen gar kein Personal gibt, diese Technik zu bedienen.“ Amthor folgerte: „Sie wollen den Fleiß der Peene-Werker und das Geld der deutschen Steuerzahler

im Mittelmeer versenken. Wir wollen das nicht!“

Da blieb für die ebenfalls aus MV stammenden Rainer Hagen Reinhold (FDP), Frank Junge und Claudia Müller (Grüne) im Grunde nur noch wenig zu sagen. Reinhold, rhetorisch durchaus erfrischend, kaprizierte sich dann auch auf echte und vermeintliche Fehler im AfD-Antrag und verlor darüber dessen eigentliches Thema ein wenig aus den Augen.

Claudia Müller zielte hingegen am deutlichsten auf das ab, was bei Amthor nicht zur Sprache gekommen war: „Dieser Antrag ... zeigt mal wieder auf perfide Art und Weise, wie Sie dieses schwierige wirtschaftspolitische Thema nutzen, um ... gegen Flüchtlinge zu hetzen.“ Es gehe Komning nicht um die Menschen in Wolgast, sondern darum, Hass zu verbreiten.

Hasserfüllt hatte Komning während seiner Rede indes nicht geklungen – auch wenn man natürlich darüber streiten kann, ob die Toten im Mittelmeer nun Schuld der „menschenfeindlichen sogenannten Willkommenspolitik der Bundesregierung“ (Komning) oder des rigiden EU-Grenzschutzes sind. Und dieser Streit ist auch nach der Debatte gestern Abend nicht ausgestanden – ebenso wenig wie die Krise auf der Peene-Werft.

Kontakt zum Autor
g.kords@nordkurier.de

AfD wird auch in MV beobachtet

Von Carsten Korfmacher

Die AfD ist auch aufgrund von Aussagen und Tätigkeiten von Abgeordneten aus MV bundesweit zum Prüffall für den Verfassungsschutz erklärt worden. In einem Gutachten werden drei Funktionäre genannt.

SCHWERIN. Die AfD ist in der vergangenen Woche zu einem Prüffall des Bundesamtes für Verfassungsschutz geworden. In dem Gutachten, das dieser Entscheidung zugrunde liegt, finden mehrere Abgeordnete der AfD in Mecklenburg-Vorpommern Erwähnung. Die Gutachter stellten nach Angaben des NDR unter anderem eine Nähe zu den rechtsextremen Identitäten fest, außerdem sollen die Politiker gegen den Menschenwürde-Grundsatz des Grundgesetzes und den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung verstoßen haben.

Sie setzen sich ausschließlich mit frei zugänglichen Informationen wie Facebook-Einträgen und Youtube-Video-Mitschnitten auseinander.

Bei den Abgeordneten handelt es sich um den Neubrandenburger Bundestagsabgeordnete Enrico Komning, den Co-Landesvorsitzenden Dennis Augustin und den Parlamentarischen Geschäftsführer der Schweriner Landtagsfraktion, Ralph Weber. Augustin soll Muslime bei einer Wahlkampfveranstaltung mit „Halbaffen“ verglichen haben, die über Frauen herfallen würden. Zudem bediene sich Augustin regelmäßig rechtsextremen Vokabulars, spreche unter anderem von „Umvolkung“ und „Bevölkerungsaustausch“.

Dem Gutachten zufolge spreche Ralph Weber Eingebürgerten aus anderen Kulturkreisen die deutsche Staatsangehörigkeit ab. In Facebook-Einträgen aus dem Jahr 2017, für die er von seiner



Ralph Weber und Enrico Komning (rechts)



FOTOS: DPA

eigenen Partei abgemahnt und auch von seinem Arbeitgeber, der Universität Greifswald gerügt wurde, sprach sich Weber für eine „biodeutsche Leitkultur“ aus. Er beendete seine Einträge mit der bekannten NPD-Kampfparole „Deutschland den Deutschen“. Zudem verhasstete Weber in den Augen der Gutachter die Verbrechen des Nationalsozialismus,

pflüge Kontakte zum ehemaligen NPD-Vorsitzenden Udo Voigt und habe die NPD-Kampagne „Schafft Schutzzonen“ unterstützt.

Gegenüber dem Nordkurier weist Weber „jegliche Zusammenarbeit, Unterstützung oder Nähe zur NPD entschieden zurück“. „Die im Artikel benannte Kampagne kenne ich nicht – geschwe-

ge denn habe ich diese unterstützt“, so Weber.

Dritter im Bunde ist der AfD-Bundestagsabgeordnete Enrico Komning, dem seine fast 30-jährige Mitgliedschaft in der Greifswalder Burschenschaft „Rugia“ zur Last gelegt wird. Die Burschenschaft soll sich in der Tradition vordemokratischer Strukturen sehen, den „Reichsgründungstag“ von 1871 feiern und auf ihrer Facebook-Präsenz Landkarten von Deutschland in den Grenzen von 1914 und antisemitische Inhalte posten. Komning wies diese Vorhaltungen gegenüber dem Nordkurier zurück: „Ich verwahre mich ausdrücklich gegen Vorwürfe, in meinem Denken und Wirken nicht auf dem Boden unserer deutschen demokratisch-freiheitlichen Grundordnung zu stehen“, sagte er am Mittwoch. „Als Rechtsanwalt verteidige ich seit mehr als zwei Jahrzehnten unsere Rechtsordnung.“ Auch betrachte er die

Burschenschaft Rugia nicht als „vordemokratisch“. Im Gegenteil waren die Burschenschaften und mithin auch die Rugia Vorreiter und Träger der deutschen Demokratiebewegung und „quasi Erfinder der deutschen Demokratie“. Zudem erfolge das Posten von Landkarten in den Grenzen von 1914 immer mit Erklärungen und in einem historischen Kontext.

„Ich kann die Angaben aus dem Gutachten weder bestätigen noch dementieren“, sagte Innenminister Lorenz Caffier (CDU) am Mittwoch. Im Land sei man noch nicht zu einem Schluss gekommen, ob die Partei, Teile davon oder Einzelpersonen als Verdachtsfälle einzustufen seien. Die Gesamtpartei ist in MV aber genau so wie bundesweit ein Prüffall. Derzeit arbeite man das 450-seitige Gutachten des Verfassungsschutzes durch.

Kontakt zum Autor
c.korfmacher@nordkurier.de

Wirtschaft und CDU mosern: Eine Unterschrift reicht nicht

Von Benjamin Lassiwe
und Andreas Becker

Der Nordosten Deutschlands möchte mit der Metropolregion Stettin im benachbarten Polen kooperieren – und von der Zusammenarbeit profitieren. Kaum verkündet, gibt es schon Kritik an dem Plan.

POTS DAM/BERLIN. „So ein Blödsinn muss einem erst einmal einfallen. Was soll denn dort koordiniert werden, was jetzt schon nicht klappt.“ Mit diesen derben Worten hat der AfD-Bundestagsabgeordnete Enrico Komning auf die am Mittwoch getroffene Vereinbarung der beiden Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg reagiert. Mit der von den Ministerpräsidenten Manuela Schwesig und Dietmar Woidke geschlossenen Vereinbarung soll es künftig unter der Aufsicht des Vorpommern-Staatssekretärs Patrick Dahle mann (SPD) eine gemeinsame Geschäftsstelle in Anklam geben. Von dort soll – so der Beschluss der beiden Landesregierungen – die Zusammenarbeit mit der Metropolregion Stettin abgestimmt werden.

Daran zweifelt Komning – die Metropolregion Stettin sei seit jeher mehr ein Wunschtraum als eine Realität. Ausstrahlungswirkung auf Vorpommern habe jedenfalls Stettin kaum. Da werde wieder einmal Geld für ein neues Amt aus dem Fenster geschmissen – „übrigens nur von Mecklenburg-Vorpom-



Die Zusammenarbeit in Grenzregionen, vor allem in der Metropolregion Stettin, stand beim Kooperationstreffen zwischen Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern im Fokus. FOTO: BERND SETTNIK

mern, Brandenburg steckt da klugerweise keinen Cent rein“. Der AfD-Politiker weiter: „Frau Schwesig täte besser daran, den Breitbandausbau, den Mobilfunkausbau und den Straßenausbau in Vorpommern mit dem Geld zu fördern. Das bringt in Anklam und Umgebung mehr Arbeitsplätze als eine, zu allem Überfluss auch noch von Herrn Dahle mann überwachte Koordinierungsstelle“.

Strukturen auf

Augenhöhe gefordert

Brandenburgs CDU-Landes- und Fraktionschef Ingo Senftleben sowie Unternehmerverbände fordern eine stärkere Beteiligung des Landes Brandenburg an der zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern gegründeten, gemeinsamen Koordinierungsstelle für die grenzüberschreiten-

de Metropolregion Stettin. Die Präsidenten des Unternehmerverbands Brandenburg-Berlin (UVBB) und der Unternehmervereinigung Uckermark, Burkhardt Greiff und Ulrich Menter, begrüßten aber grundsätzlich, dass „endlich Strukturen geschaffen, die dann auf Augenhöhe mit der polnischen Seite zusammenarbeiten, um die Region zu entwickeln und fit für die Zukunft zu machen.“

Ohne direkte Einbindung der Uckermark und somit Brandenburgs werde die neue Struktur aber „pommernlastig“ bleiben. Hier sollte auch Brandenburg Geld in die Hand nehmen, forderten die Präsidenten. Nach einer Vereinbarung über die Gründung des Koordinierungsbüros in Anklam am Rande der gemeinsamen Kabinettsitzung von Brandenburg und

Mecklenburg-Vorpommern (der Nordkurier berichtete) hatte Ministerpräsident Dietmar Woidke erklärt, dass das Land Brandenburg sich weder mit Personal noch mit Geld beteiligen wolle.

„Wir brauchen Wachstumsmöglichkeiten im ganzen Land“, sagte der CDU-Landes- und Fraktionschef Ingo Senftleben dem Nordkurier. Die Metropolregion Stettin sei wichtig für die Entwicklung Brandenburgs und die Zusammenarbeit mit MV und Polen. Die gemeinsame Arbeitsstelle mit Mecklenburg-Vorpommern sei daher ein guter erster Schritt. Und: „Ich erwarte, dass sich Brandenburg personell an dem Projekt beteiligt und die Hälfte der Kosten trägt.“

Kontakt zu den Autoren

a.becker@nordkurier.de

Quelle: Nordkurier Neubrandenburg 22.03.2019

Hängt hier auch die GroKo am Haken?

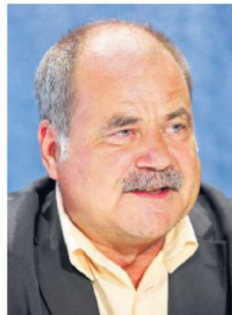
Die Linken wettern, die AfD schimpft, die CDU schäumt – und alle zusammen nehmen Manuela Schwesig (SPD) ins Visier. Die Forderung der MV-Ministerpräsidentin an die Bundesregierung, doch bitteschön über Alternativaufträge für die auf dem Trockenen liegende Peene-Werft in Wolgast nachzudenken, schlägt hohe politische Wellen.

Von Andreas Becker

WOLGAST/BERLIN. Dass sich die Oppositionsparteien an Manuela Schwesig abarbeiten, gehört zum Alltagsgeschäft in der Politik. Dass aber der eine Koalitionspartner auf den anderen eindringt, lässt aufhorchen – und die Frage an die politische Oberfläche schwappen, wie gut es denn um diese Koalition bestellt ist und ob sie überhaupt noch Überlebenschancen hat. Und so kämpft nicht nur die Peene-Werft in Wolgast um ihre Zukunft, sondern offenbar auch das Zweckbündnis aus SPD und CDU in Berlin und Schwerin.

Dass sich die Bundes-SPD mit ihrer Vize-Chefin Manuela Schwesig für die Verlängerung des Rüstungsexports nach Saudi-Arabien ausgesprochen und damit die 300 Mitarbeiter der Peene-Werft zu Nichtstun und Kurzarbeit verurteilt hat – gleichzeitig aber die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig die CDU/SPD-geführte Bundesregierung auffordert, alternative Aufträge für das Unternehmen in Wolgast zu beschaffen, beschreibt der CDU-Landtagsabgeordnete Franz-Robert Liskow als „doppeltes Spiel“. Der Christdemokrat aus Vorpommern ergänzt: „Vor Ort Verständnis heucheln und im Bund die kalte Schulter zeigen. Frau Schwesig sollte endlich zur Kenntnis nehmen, dass eine solche Entscheidung ein Schlag in das Gesicht aller Werftarbeiter ist und vor Ort Arbeitsplätze zerstört. Ich fordere sie auf, in Berlin endlich einmal Partei für Vorpommern zu ergreifen.“

Einmal in Fahrt legt Liskow als Namen des CDU-Kreisverbandes Vorpommern-Greifswald nach: „Der SPD sind die Arbeitsplätze auf der Peene-Werft in Wolgast anscheinend egal – uns nicht! Die Peene-Werft in Wolgast ist ein hoch spezialisierter Schiffbaubetrieb und sichert so hunderte Arbeitsplätze in einer eher strukturschwachen Region.“



Peter Ritter

FOTO: C. CHARILUS



Enrico Komning

FOTO: D. BOCKWOLDT



Eckhardt Rehberg

FOTO: T. TÜRBLINOW

Harter Tobak – und das unter Koalitionspartnern. Beim koalitionsfähigen Zündeln möchte auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Eckhardt Rehberg nicht fehlen. Er fordert Ministerpräsidentin und SPD-Bundes-Vize Manuela Schwesig auf, die SPD-Bundestagsfraktion nach Wolgast einzuladen, damit die Abgeordneten

„Die Sorge von Frau Schwesig um die Arbeiter auf der Peene-Werft in Wolgast ist an Heuchelei nicht zu überbieten“

Enrico Komning, AfD-Bundestagsabgeordneter, attackiert die MV-Ministerpräsidentin

den Mitarbeitern der Werft ihre Entscheidung zur Verlängerung des Rüstungsstopps erklären könnten. Die Attacke auf seine Parteifreundin möchte wiederum der SPD-Bundestagsabgeordnete Frank Junge aus Rostock so nicht stehen lassen. Er verteidigt die Landeschefin und

seine eigene Partei: „Uns ist absolut bewusst, welche Auswirkungen das Moratorium auf die Peene-Werker und die Region hat.“ Es müsse eine schnelle Entschädigungsregelung für die Werft her und andere Abnehmer für die Patrouillenboote gesucht werden. Die hatte Saudi-Arabien bei der Werft bestellt – bisher sind erst 16 der 35 Boote ausgeliefert. Der Rest liegt derzeit auf dem Trockenen.

Dass die Wolgaster nun in schwerer See ums nackte wirtschaftliche Überleben rudern, schiebt Peter Ritter Landes- und Bundesregierung in die Schuhe. „Seit vielen Jahren fordern wir als Linksfraktion Alternativen für den Erhalt des Schiffbaustandorts in Wolgast. Alle unsere Anträge und Vorschläge dazu im Landtag wurden mit fragwürdigen Argumenten und Unterstellungen abgelehnt. Wir würden Politik auf dem Rücken der Beschäftigten machen, hieß es. Dabei ist es genau diese Verweigerungshaltung und Verzögerungstaktik der Landesregierung, die zu der prekären Situation in Wolgast geführt hat. Wertvolle Zeit wurde verspielt“, kritisiert Ritter. Launige Wortmeldungen aus Berlin und

Beschwichtigungen aus Schwerin würden nicht helfen. Ritter wörtlich: „Die Linksfraktion hatte im Herbst vergangenen Jahres auf einer Konversionskonferenz in Wolgast mit Fachleuten aus der maritimen Wirtschaft und der Friedensforschung deutlich gemacht, dass Konversion von Rüstungsindustrie zwar schwierig und kostspielig, aber möglich ist. Wenn wir uns nicht jetzt gemeinsam auf den Weg machen und handeln – statt Sprüche zu klopfen –, wann dann?“

Im übrigen, so Ritter, sei es für uns grundsätzlich fragwürdig, warum erst der verabscheuungswürdige Mord an einem Journalisten zum zaghaften Umdenken in Sachen Rüstungsexporten geführt habe – dass vieltausendfache Leid der jemenitischen Bevölkerung im Krieg aber kein Anlass gewesen sei, Rüstungsexportverbote nach Saudi-Arabien zu verhängen. Um den politischen Druck hochzuhalten, hat Peter Ritter eine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Tenor: Welche konkreten Schritte haben Schwesig und Co. seit der ersten Verkündung des Ausfuhrverbots von Rüstungsgütern nach

Saudi-Arabien unternommen, um zivile und zukunftssichernde Alternativen für den Schiffbaustandort Wolgast zu entwickeln? Ritter legt Wert darauf, dass in der Antwort detailliert aufgelistet wird, welcher Vertreter der Landesregierung wann und mit wem von der Bundesregierung in Kontakt gestanden hat. „Ich bin auf die Antworten gespannt“, weiß Ritter um die Brisanz des Themas.

Die hat – natürlich – auch die AfD erkannt und mischt kräftig mit. „Die Sorge von Frau Schwesig um die Arbeiter auf der Peene-Werft in Wolgast ist an Heuchelei nicht zu überbieten. Initiativen anderer werden brüsk zurückgewiesen, eigene Vorschläge nicht gemacht. Als Ende vergangenen Jahres der Hilferuf aus Wolgast erschall, kam von der SPD nichts. Keine Reaktion auch aus der Staatskanzlei. Vorpommern-Staatssekretär Dahlemann war komplett abgetaucht“, keilt Enrico Komning verbal aus. Gleichzeitig macht der AfD-Bundestagsabgeordnete aus Neubrandenburg deutlich, dass seine Partei im Januar schnell reagiert und dem Bundestag in einer von der AfD beantragten Debatte vorgeschlagen habe, als Ausgleich für den Exportstopp die Patrouillenboote von Seiten der Bundesrepublik zu übernehmen. In jener Debatte habe sich Philipp Amthor im Bundestag noch damit gebrüht, dass er und die CDU die Lösungen parat hätten.

Die Wahrheit sei laut Komning aber, dass die Menschen in Wolgast immer noch Angst um ihre Zukunft hätten und weiter noch massenhaft Menschen auf dem Mittelmeer sterben würden. „Ein niederschmetterndes Ergebnis großkoalitionärer Politik in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland“, sagt der AfD-Politiker.

Kontakt zum Autor
a.becker@nordkurier.de

Quelle: Nordkurier Pasewalk 06./07.04.2019

Unfairer Umgang mit AfD-Kandidatin im Parlament?

Von Michael Zehender und Simon Voigt

BERLIN. Nach der Nichtwahl der AfD-Abgeordneten Marianna Harder-Kühnel zur Bundestagsvizepräsidentin beginnt die Suche nach den Ursachen. Einige Politiker machten ihre Stimme nach der geheimen Wahl öffentlich. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) hat der AfD die Schuld an der Niederlage bei der Abstimmung zugewiesen. „Die Drohungen der AfD in den

letzten Tagen haben offensichtlich dazu geführt, dass Frau Harder-Kühnel weniger Stimmen erhielt als beim letzten Mal“, sagte er.

Harder-Kühnel war am Donnerstag bei der Wahl zur Vizepräsidentin des Bundestages auch im dritten Anlauf durchgefallen. Dennoch erhielt die 44-jährige Juristin am Donnerstag die Stimmen von bis 108 Abgeordneten anderer Parteien. Die Wahl war zwar geheim, einige Abgeordnete hatten ihre Position aber

trotzdem öffentlich gemacht.

Dazu gehört auch Philipp Amthor (CDU), direkt gewählter Abgeordneter aus Vorpommern. „Ich bin kein Fan von Frau Harder-Kühnel“, sagte er. „Aber das gilt auch für politische Positionen die ich mit Claudia Roth und anderen Politikern nicht teile.“ Es gehöre aber zur Geschäftsordnung, dass man sie mitwähle. Roth sitzt für die Grünen im Bundestagspräsidium. Die AfD stellt die größte Oppositionsfraktion, bislang war es üb-

lich, dass ihr damit ein Platz im Präsidium zusteht. „Frau Harder-Kühnel erscheint als eine durchaus vermittelbarere Kandidatin als es Herr Glaser war“, sagte Amthor. Albrecht Glaser war als Kandidat der AfD-Fraktion für das Präsidium gescheitert. Zuvor hatte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus erklärt, dass er für die AfD-Kandidatin stimmen wolle. Auch FDP-Fraktionschef Christian Lindner hatte angekündigt, sie zu wählen, um der Partei

keine Gelegenheit zu bieten, sich als Märtyrer zu stilisieren. Der Neubrandenburger AfD-Abgeordnete Enrico Komning beklagte mangelnde Fairness im Bundestag: „Die Nichtwahl zeigt wieder einmal den fehlenden Respekt gegenüber unseren demokratischen Institutionen, gegenüber der eigenen Geschäftsordnung, gegenüber unserem Land und deren Bürger.“

Kontakt zu den Autoren
s.voigt@nordkurier.de

Dank Austausch-Programm: Für ein Jahr nach Amerika

Von Fred Lucius

Ein Jahr in den USA als Austauschschüler lernen? Dieser Traum erfüllt sich für Martha Luise Staiger aus Pasewalk. Der Bundestagsabgeordnete Enrico Komning hat dabei kräftig mitgeholfen.

PASEWALK. Nach der neunten Klasse ist für Martha Luise Staiger erst einmal Schluss am Pasewalker Oskar-Picht-Gymnasium. Dann geht es über den großen Teich in die USA. Wohin genau, weiß die 15-Jährige noch nicht. „Das erfahren wir erst Anfang August, etwa zwei Wochen bevor es losgeht“, berichtet Martha. Den Wunsch, in die USA als Austauschschülerin zu gehen, hatte sie schon länger. Geplant war es im elften Schuljahr. Dass es nun schon so weit ist, hat vor allem mit dem AfD-Bundestagsabgeordneten Enrico Komning aus Neubrandenburg zu tun, zu dessen Wahlkreis die Uecker-Randow-Region gehört. Als Abgeordneter hat er sich beim Parlamentarischen Partnerschafts-Programm (PPP) des Bundestages beworben, das den Austausch von deutschen und amerikanischen Schülern zum Inhalt hat. Aus dem Wahlkreis des Abgeordneten, der als Pate fungiert, kann ein Schüler an dem Programm teilnehmen. Organisiert und betreut wird der Schüleraustausch vom Verein Youth For Understanding (YFU).

„Ich hatte zwei Bewerbungen. Letztlich habe ich mich nach einem Gespräch für Mar-



Der AfD-Bundestagsabgeordnete Enrico Komning überreicht Martha Luise Staiger die Urkunde für die erfolgreiche Auswahl und Teilnahme am Parlamentarischen Partnerschafts-Programm des Bundestages.

FOTO: FRED LUCIUS

tha entschieden. Sie ist sehr engagiert und ehrenamtlich aktiv. Sie wird eine gute Botschafterin für Deutschland in Amerika sein“, sagt Komning. Das Auswahlverfahren glich nach den Worten von Martha Staiger einem Marathon mit einem langen Auswahlgespräch, einem Englisch-Test in Berlin, einem Gastbrief in Englisch und dem Ausfüllen von vielen Formularen. Von dem Austauschprogramm PPP habe die Englisch-Lehrerin am Gymnasium berichtet. „Ich war die Einzige, die sich beworben hat. Ein Jahr von zu Hause weg, ist für einige wohl zu lang“, sagt die 15-Jährige, die Vorstandsvorsitzende des Kreisschülerrates ist. In dem Gremium arbeitet sie seit drei Jahren mit. Interessant für sie sei, wie das Schulsystem oder auch das multi-kulturelle Zusammenleben in den USA funktionieren. „Ich möchte zurückkommen mit Anregungen, wie es bei uns besser gehen könnte. Aber vielleicht stelle ich auch fest, dass es dort nicht so gut funktioniert“,

sagt die Gymnasiastin. Als Gastfamilie wünscht sie sich eine Familie mit Kindern, damit man auch über Themen spricht, über die man mit den Gasteltern nicht redet. Wenn sie es sich wünschen könnte, sollte der Austauschort eher eine Großstadt als das flache Land sein. Etwa New Orleans mit seinem tollen kulturellen Angeboten.

Nach der Rückkehr wird Martha Staiger die zehnte Klasse freiwillig wiederholen. „Der Unterricht in den USA ist ja ein anderer. Da verliere ich hier schnell den Anschluss. Lieber ein gutes Abi und ein Jahr länger als andersherum“, meint die Pasewalkerin. Nach dem Abitur möchte sie Lehramt studieren, davor vielleicht als freiwillige Entwicklungshelferin nach Afrika gehen. Während ihrer Zeit in Amerika wird sie Kontakt zu ihrem Paten Enrico Komning halten, was diesem auch wichtig ist. „Mich interessiert natürlich, wie es Martha dort ergeht und was sie erlebt“, sagt der Bundestagsabgeordnete.

Was tut der Bund für die Peene-Werft?

Von Gabriel Kords

Eine Anfrage von AfD-Leuten zur Peene-Werft offenbart: Ganz so viel wie behauptet hat die Bundesregierung offenbar nicht getan, um die Peene-Werft zu retten. Wobei CDU-Mann Amthor eine andere Erklärung dafür hat.

WOLGAST/BERLIN. Zehn Fragen zur Peene-Werft haben Leif-Erik Holm, Enrico Komning und Ulrike Schielke-Ziesing, die drei AfD-Bundestagsabgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern, an die Bundesregierung geschickt – nun haben sie Antworten erhalten.

Ulrich Nußbaum (CDU), Staatssekretär im Wirtschaftsministerium von Peter Altmaier (CDU), geht in der sechsteiligen Antwort, die dem Nordkurier vorliegt, unter anderem auf die Frage ein, ob die Bundesregierung mit Behörden wie dem Zoll, der Bundespolizei oder der Marine über die Übernahme der Boote verhandelt habe – oder gar mit anderen Staaten. Die Antwort lautet in beiden Fällen: Nein. Und: „Solche Verhandlungen fanden bisher nicht statt.“ Auch die übrigen Antworten sind unkonkret bis unverständlich.

Die Peene-Werft war in schwieriges Fahrwasser geraten, als die Bundesregierung Ende vorigen Jahres beschlossen hatte, einen Auftrag aus Saudi-Arabien zum Bau von Patrouillenbooten für die saudische Küstenwache zu stoppen. Die Werft verhängte Kurzarbeit, was aus den noch zu bauenden Booten wird, ist auch Monate später noch unklar.



Noch immer liegen Boote in Wolgast, die von Saudi-Arabien bestellt waren. Sie dürfen aber nicht geliefert werden.

FOTO: STEFAN SAUER

Offiziell heißt es schon seit einigen Wochen, dass ein Teil der Boote von Bundesbehörden übernommen werden soll – zur „Schadensminderung“. Mit der gestrigen Verkündung, ab Ende April eine Korvette für die Bundesmarine auf der Werft zu bauen, ist die Kurzarbeit zwar abgewendet, doch die Zukunft der Patrouillenboote ist weiter ungewiss.

Kurzarbeitergeld wird als Wohltat dargestellt
Für die AfD-Politiker geht aus der Antwort nun hervor, dass in dieser Hinsicht noch nichts in trockenen Tüchern ist: „Die Bundesregierung hat ganz offensichtlich noch nicht einen Finger für die Peene-Werft, die Wolgaster Arbeiter und deren Familien gerührt. Wenn die Peene-Werft stirbt, verliert

die ohnehin schon strukturschwache Region jeden dritten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz – eine Katastrophe!“

Holm ärgert sich besonders darüber, dass der Wirtschaftsstaatssekretär auf die Frage, welche Anstrengungen die Bundesregierung unternimmt, um den Werftenstandort zu erhalten, eine Reihe von allgemeinen Förderprogrammen sowie das staatlich geförderte Kurzarbeitergeld nennt. „Das verschlägt einem die Sprache!“, poltert Holm, der schlussfolgert: „Es ist ganz offensichtlich, dass weder SPD noch Union ein echtes Interesse an einer schnellen Lösung für die Werft haben. Frau Schwesig und Herr Amthor sollten nicht weiter so tun, als gäbe es in ihren Parteien irgendwelche

ernsthaften Versuche, die Peene-Werft zu retten.“

Was wiederum Philipp Amthor (CDU), dem örtlichen Bundestagsabgeordneten, beinahe die Sprache verschlägt. Die AfD-Anfrage sei „nur eine weitere Nebelkerze“, schimpft er zurück, sie praktiziere „biligen Populismus, der Wolgast und die Peene-Werft keinen Millimeter voranbringt.“ Zum einen könne man aus der Antwort der Bundesregierung keineswegs ableiten, dass die Regierung nichts unternommen habe. „Die Antwort der Bundesregierung entspricht absolut den üblichen parlamentarischen Usancen. Im Falle laufender Vorgänge sowie auch bei Themen, die durch das Vergaberecht und durch andere Regelungen überlagert sind, ist eine zurückhaltende Antwort

praxis üblich.“ Weiter sagt Amthor: Was die Antwort angehe, dass es keine Verhandlungen mit Bundesbehörden über die Übernahme der Boote gegeben habe, habe Holm schlicht die falsche Frage gestellt: Die Regierung „verhandle“ schließlich nicht mit ihren eigenen Behörden, sondern treffe gegebenenfalls Anordnungen.

CDU-Abgeordneter hält nichts von AfD-Forderung
Amthors Fazit: Die Werft rette man nicht mit Kleinen Anfragen, sondern mit „lösungsorientierten Gesprächen“, wie sie die CDU seit Wochen führe: „Wir werden darauf Acht geben, dass das Bekenntnis der Bundesregierung zur Peene-Werft auch in einer konkreten und tragfähigen Lösung mündet. Dazu trägt die AfD nicht



Leif-Erik Holm FOTO: JENS BÜTTNER



Philipp Amthor FOTO: M. KAPPELER

bei und dafür brauchen wir sie auch nicht.“

Enrico Komning, der AfD-Abgeordnete aus Neubrandenburg, ärgert sich indes noch über einen anderen Aspekt der Anfrage: Er hatte schon im November vorgeschlagen, die Boote kaufen und an nordafrikanische Mittelmeer-Staaten weitergeben, die mit den Schiffen ihre Küstenwache verbessern könnten, um Flüchtlingsbewegungen zu stoppen. Aus der Antwort gehe nun noch einmal hervor, dass die Regierung in dieser Hinsicht weiter nichts plane. Komning folgert: „Für praktische Lösungen ist die Bundesregierung offenbar nicht zu haben.“

Kontakt zum Autor
g.kords@nordkurier.de

AfD lobt sich: Wir leisten hervorragende Arbeit

Von Thomas Beigang

Die drei Bundestagsabgeordneten der AfD aus Mecklenburg-Vorpommern haben zum Bürgerabend in Neubrandenburg geladen. Die Premiere begann mit einer Enttäuschung.

NEUBRANDENBURG. Der Rechtsanwalt Enrico Komning aus Neubrandenburg steht im Saal des HKB und lässt seinen Blick schweifen. „Sind nicht so viele“, sagt er und schätzt: „Vielleicht 50, vielleicht ein bisschen mehr.“ Der Bundestagsabgeordnete der AfD hat sich in seiner Heimatstadt schon ein größeres Echo gewünscht. Denn immerhin – zum ersten Mal haben die drei aus Mecklenburg-Vorpommern stammenden AfD-Mitglieder im Bundestag, Leif-Erik Holm, Ulrike Schielke-Ziesing und eben Komning zu einem „Bürgerabend“ geladen. Die sich hier die Zeit nehmen, den Bürgern Rede und Antwort zu stehen,



AfD-Landesparteichef Leif-Erik Holm. FOTOS: NORDKURIER-ARCHIV



Der Neubrandenburger Enrico Komning.



Die Bundestagsabgeordnete Ulrike Schielke-Ziesing.

eröffnet der AfD-Sprecher des Kreisverbandes Seemplatte, Jan-Michael Martin den Abend. Der auch gleich die Marschrichtung vorgibt: Die drei Abgeordneten sollen jeder vielleicht 20 Minuten lang reden, danach können bis 21 Uhr Fragen aus dem Publikum gestellt werden.

Die Abgeordneten reden länger als geplant. Der Neubrandenburger Komning vor allem über Probleme in der Wirtschaft. Zuvor bescheinigte er sich und seinen Mitstreitern aber noch

„hervorragende Arbeit“ zu leisten, sie seien eben die Einzigen ganz nah am Bürger, die auch eine „verständliche Sprache reden, aber mit Niveau“. Komning macht sich Sorgen, teilt er mit, um den gesellschaftlichen Frieden im Land und besonders um den ländlichen Raum, der von der offiziellen Politik abgehängt werden soll. Der Neubrandenburger plädiert für eine Kampagne in ARD und ZDF, die „Ja zum Leben auf dem Land sagt“. Komning beklagt horrenden Mieten in den gro-

ßen Städten – und kritisiert wenig später den staatlichen Zwang zu Mietobergrenzen.

Ulrike Schielke-Ziesing, die Fachfrau aus der Rentenversicherung, macht sich am Dienstagabend stark für gerechte Renten und sagt dem Problem der Altersarmut den Kampf an. Jeder müsse von seiner Rente leben können, verlangt die Abgeordnete und erzählt, einen Antrag im Bundestag gestellt zu haben zu Sofortmaßnahmen in Sachen Rentengerechtigkeit. Aber leider wäre der in der

Öffentlichkeit eben nicht bekannt, sagt sie – und bestellt „schöne Grüße an den Nordkurier“. Die Vorschläge und Ideen der anderen Parteien zur Rente seien von Ideologie geprägt – bis auf die der AfD, sagt die rentenpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion. Die als einzige der drei Abgeordneten auf einen großen Werbeaufsteller im Saal verzichteten muss – nur Komning und Holm zeigen auf einem solchen Präsenz.

Der AfD-Landesvorsitzende Leif-Erik Holm beklagt die hohen Hürden für Bürgerbeteiligungen in Deutschland. Dabei seien die Bürger doch „geheilt von den Altparteien“, die Bürgerbeteiligungen gar nicht wünschen. Aber die AfD werde nicht locker lassen, versprach der Abgeordnete und wettete gegen „Klima-Hysterie“. Er jedenfalls habe sich gerade einen „gebrauchten Diesel“ gekauft.

Kontakt zum Autor
t.beigang@nordkurier.de

Von Carsten Korfmecher

NEUBRANDENBURG. Regierungen sollen den ländlichen Raum im Osten links liegen lassen und sich stattdessen auf die Städte konzentrieren. Mit dieser Forderung sorgte der Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle, Reint Gropp, im März für Empörung. In einer Studie kam sein Institut zu dem Ergebnis, dass die milliardenschwere Subventionspolitik im Ostdeutschland häufig Schäden angerichtet hätte. Zum Beispiel hätten ostdeutsche Unternehmen aufgrund von Fördermitteln nicht benötigte Arbeitsplätze erhalten, wodurch Ost-Firmen unproduktiver seien als West-Firmen. Gropp schlägt stattdessen vor, Fördergelder vor allem in die Städte und in besonders produktive Unternehmen fließen zu lassen. Das „Bestehen auf gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland hat in die Irre geführt“, so Gropp.

Die Forderungen sorgten parteiübergreifend für einen Sturm der Entrüstung. Die Politik durfte sich nicht nur an wirtschaftlichen Faktoren orientieren, so die einheitliche Meinung, sondern müsse auch gesamtgesellschaftliche Parameter im Blick behalten. Die Aufgabe des ländlichen Ostens sei demzufolge gleichzusetzen mit einer Bankrottserklärung der Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung Christian Hirtz (CDU) bekräftigte diese Sichtweise und setzt stattdessen auf das Zusammenspiel zweier Faktoren: Zeit und eine passgenaue Forderung, die Subventionen genau dort einsetzt, wo sie gebraucht werden.

Es gibt viel Geld, doch es hilft oft nicht.

An genau diesem Punkt scheint es aber zu hapern, denn die wirtschaftliche Schere zwischen Ost und West geht auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung in vielen Bereichen schlicht nicht zusammen. Die Schwachstellen der viertürmigen Förderstrukturen sind hinreichend bekannt: endlose Bürokratie, langwierige Genehmigungsprozesse, eine strukturell bedingte Benachteiligung kleinerer Gemeinden. Häufig stellen Land, Bund oder EU Geld für einen bestimmten Zweck zur Verfügung, doch bis es ausbezahlt wird, drückt in den Gemeinden der Schul schon längst wieder woanders. Oder er drückt von vornherein woanders, doch für diese Druckstellen fließt derzeit eintrich kein Geld. Für die kommunalen Verantwortlichen ist die Fördervergabe frustrierend, bedeutet sie doch, dass häufig nichts oder das Falsche passiert. Und nur den Bürger sind diese Prozesse oft nicht nachvollziehbar.

Der Neubrandenburger AfD-Bundestagsabgeordnete



Enrico Komming (AfD)

Foto: Carsten Korfmecher



In Mecklenburg-Vorpommern stehen in vielen Dörfern noch die Geschäfte leer.

Foto: J. Korfmecher

AfD-Mann fordert Gleichheit per Computer

Die Ungleichheit zwischen Stadt und Land ist eines der bestimmenden Themen unserer Zeit, viele sehen darin auch einen Grund für die Spaltung der Gesellschaft. Aber wie könnte man gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen? Der Neubrandenburger AfD-Bundestagsabgeordnete Enrico Komming hat ein Konzept vorgelegt, das auf Künstliche Intelligenz setzt, um die Regionen fair zu fördern.

Enrico Komming hat nun ein Konzept vorgelegt, das die Förderstruktur in der Bundesrepublik völlig neu organisieren will. Das Programm setzt auf eine Mischung aus künstlicher Intelligenz, verstärkter Verstaatlichung und der Schaffung von Sonderwirtschaftszonen. „Unser Ziel ist, die ländlichen Räume zu beleben, weil wir glauben, dass es durch die Verstaatlichung des Landes zu Problemen kommt, die irgendwann nicht mehr lösbar sind“, sagte Komming, als er dem Nordkurier das Konzept vorstellte. Übertragendes Ziel sollte die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse sein, wie sie seit der Wiedervereinigung versprochen wurde.

Das Programm soll grob in drei Schritten umgesetzt werden. Als Beispiel dient hier eine Region Vorpommern zwischen Pasewalk, Ferdinandshof und Uckermark. Im ersten Schritt müssten die Dienstleistungen in der Region auf den gleichen Stand wie im Rest des Landes gebracht werden. Dazu gehören unter anderem Breitband- und Mobilfunkausbau, Digitalisierung der Verwaltung, ein funktionierender öffentlicher

Personenverkehr und eine gute Erreichbarkeit von Schulen, Ärzten, Krankenhäusern, Supermärkten und allen anderen Behörden und Institutionen des öffentlichen Lebens.

Im zweiten Schritt wurde Deutschland in Zonen mit

unterschiedlicher wirtschaftlicher Bedarftigkeit eingeteilt. Vorpommern würde zu den Regionen zählen, denen es wirtschaftlich am schlechtesten geht. Also würde es in erster Instanz als Strukturentwicklungsgebiet aus-

wiesen. Das bedeutet in dem Konzept, dass es nun als Sonderwirtschaftszone gilt und besonderen Regeln unterliegt. Das Ziel könnte zum Beispiel lauten: In Vorpommern soll ein neues Silicon Valley entstehen, der Name

ist angelehnt an die gleichnamige Heimat vieler Technologieunternehmen in den USA. Dafür sieht das Konzept unbürokratische Maßnahmen vor. Zum Beispiel werden Anreize für Unternehmen und Familien geschaffen, sich in den (noch) strukturschwachen Regionen anzusiedeln. Familien könnten finanziell bezuschusst werden, Firmen im Bereich der Künstlichen Intelligenz oder der Biotechnologie würden durch die Abschaffung der Gewerbesteuer, den Verzicht auf umweltrechtliche Maßnahmen und eine Vereinfachung des Baurechts angelockt.

Zukünftig soll

der Computer entscheiden

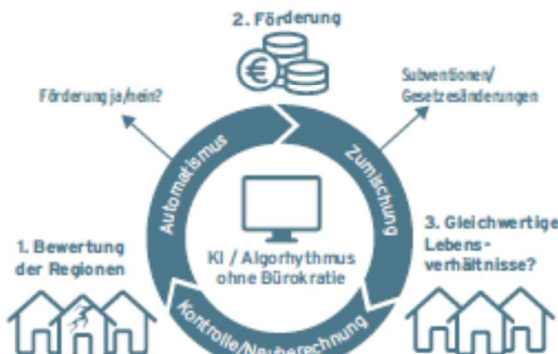
Im dritten Schritt wird ein System der Kontrolle und der Aufrechterhaltung von Erfolgen an den Start gebracht. Das kann man sich laut dem Komming-Konzept als eine Art selbstlernendes Computerprogramm vorstellen, das ständig mit neuen Daten gefüttert wird und konstant kontrolliert, ob alle Regionen in Deutschland die für sie ausgegebenen Ziele erreicht haben. Erreicht jede Region ihr Ziel, herrschen gleichwertige Lebensverhältnisse. Hinken Regionen hinterher, berechnet das System die optimalen benötigten Zuschüsse in Form von Fördermitteln oder Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen. Ist das geschehen, wird wieder kontrolliert. Und so weiter. Es entsteht ein ständiger Kreislauf aus Kontrolle, Zuschuss und Neuberechnung. Das Besondere an diesem System: Es wird nicht von Menschenhand geführt, sondern durch künstliche Intelligenz betrieben. Es entscheidet selbstständig über die Vergabe von Fördermitteln. Die Behörden sind nur an der Umsetzung der Entscheidungen und an der Erassung der Daten beteiligt.

Komming ist sich bewusst, dass er mit diesem Vorschlag eine Kontroverse auslöst, auch in der eigenen Partei. Sonderwirtschaftszonen werden vor allem von Wirtschaftsliberalen verteidigt, ein mit künstlicher Intelligenz betriebenes Fördermittelsystem setzt aber eine Verstaatlichung weiterer Teile des öffentlichen Lebens voraus. Zudem ist das Programm erst einmal wohl nur auf nationaler Ebene umsetzbar, es verlangt also eine Entkopplung der Bundesrepublik aus dem Förderprozess der Europäischen Union. Somit lädt der Vorschlag zur Kritik von allen Seiten ein. „Wir haben intern schon sehr kontrovers diskutiert, doch ich bin überzeugt, dass sich mein System letztendlich durchsetzen wird“, sagt Komming. Und in der Tat scheint es einigen Wirtschaftswissenschaftler und auch Soziologen unaußersicht, dass wir auf lange Sicht gesehen unsere Entscheidungen selbstlernenden Simulationen übertragen, schließlich sind diese Systeme rationaler als Menschen. Es ist bloß nicht absehbar, wann und wie das passieren wird, denn eine solche Entwicklung würde unser Verständnis demokratischer Prozesse verändern.

Komming hofft, dass der Vorschlag wenigstens erst einmal diskutiert wird.

Kontakt zum Autor: c.korfmecher@nordkurier.de

AfD-Modell der fairen, roboter-gesteuerten Förderung



Grafik: AfD-Bundestagsabgeordneter Enrico Komming

© 2019 AfD-Bundestagsabgeordneter Enrico Komming

Staatsschutz ermittelt wegen Holzkreuzen

Von Mirko Hertrich

Jedes Jahr tauchen um den 13. Juli bundesweit Holzkreuze an Straßenrändern auf mit dem hetzerischen Slogan: „Migration tötet“. Dieses Jahr auch in Neubrandenburg.

NEUBRANDENBURG. Bislang unbekannte Täter haben in der Nacht zu Freitag in Neubrandenburg an vier Standorten mehrere Kreuze aufgestellt, die teilweise mit der Aufschrift „Migration tötet“ versehen waren. Die Kreuze standen an den Ortseingangsschildern aus Richtung Neustrelitz, Burg Stargard sowie Neverin und auf den Bethanienberg, wie das Polizeipräsidium Neubrandenburg dem Nordkurier mitteilte.

Einsatzkräfte des Polizeihauptreviers Neubrandenburg hatten die Schilder auf einer Streifenfahrt bemerkt und entfernten diese umgehend. Wer die Kreuze aufgestellt hat, ist noch nicht eindeutig klar. Der Staatsschutz der Kriminalpolizei Neubrandenburg ermittelt wegen Verdachts der Volksverhetzung. Wie eine Polizeisprecherin sagte, trugen aber nicht alle in Neubrandenburg aufgestellten Kreuze eine Aufschrift. In diesen Fällen ist das Aufstellen eine Ordnungswidrigkeit.

Seit 2014 werden solche Kreuze meist rund um den 13. Juli an unterschiedlichen Orten bundesweit aufgestellt. Die Aktionen werden vom Verfassungsschutz der rechtsextremistischen Szene zugeordnet. In den Vorjahren waren landesweit 139 (2014), 120 (2015), 76 (2016), 68 (2017) und 179 (2018) solcher Kreuze gezählt und beseitigt worden.



Während einer Streifenfahrt bemerkten Neubrandenburger Polizisten die Schilder am Ortseingang und entfernten diese.

FOTO: FELIX GADEWOLZ

Eine Polizeisprecherin betonte, dass auch nicht alle Fälle politisch motiviert seien. In einigen Fällen gebe es auch Nachahmer. In den Städten Rostock und Stralsund waren im Frühjahr ähnliche Schilder aufgetaucht mit arabischen Schriftzeichen drauf. Damals bekannten sich die „Identitären MV“ zu der Aktion.

Linke fordert gemeinsames Agieren der Demokraten

Linken-Politiker Peter Ritter, Mitglied im Kreistag Mecklenburgische Seenplatte und innenpolitischer Sprecher seiner Landtagsfraktion, übte auf Nordkurier-Anfrage scharfe Kritik an der Holzkreuz-Aktion. „Migration tötet“ – so habe es auch auf den Wahlplakaten der NPD bei den jüngsten Europa- und Kommunalwahlen gestanden. Zu Recht seien diese Plakate auf Grund des Tatverdachts der Volksverhetzung durch die Ordnungsbehörden ent-

fernt worden. „Ob nun hinter dieser Aktion die Identitäre Bewegung steht oder die NPD oder eine andere rechtsextremistische Gruppierung, ist daher weniger relevant“, betonte der Innenexperte. Viel besorgniserregender sei die Tatsache, dass rechtsextremistisches Gedankengut „weit um sich greift und Sympathie erfährt“.

Ritter forderte, notwendig sei ein Aufwachen und gemeinsames Agieren aller demokratischen Kräfte, um rechtsextremes Gedankengut und rechtsextreme Gewalt zurückzudrängen. Abzuwarten bleibe, wie sich die AfD hier positioniere. Weder zum Slogan „Migration tötet“ noch zur Einstufung der Identitären Bewegung als „rechtsextremistisch“ habe sich die AfD bislang „deutlich geäußert“.

Der Neubrandenburger AfD-Bundestagsabgeordnete Enrico Komning sagte dieser Zeitung: „Schuld ist nie kol-

lektiv. Der Ausspruch ‚Migration tötet‘ suggeriert genau das und ist daher natürlich absolut abzulehnen.“ Er fügte hinzu, ob hier schon eine Volksverhetzung im Raum stehe oder doch nur eine Geschmacklosigkeit, überlasse er einem dazu berufenen Richter. Komning warf der Linken zugleich vor, „in einem fort hetzend Andersdenkende moralisch zu diskreditieren“. Die AfD als „bürgerlich konservative patriotische Partei“ verurteile hingegen jede Form von Extremismus und begrüße es ausdrücklich, wenn der Staat dagegen mit rechtsstaatlichen Mitteln vorgehe. Richtig bleibe aber auch, dass seit der „Grenzschleusenöffnung“ im Jahr 2015 eine Vielzahl von Menschen „unkontrolliert in unser Land geströmt ist, denen ein Aufenthalt hier nicht zusteht“.

Kontakt zum Autor
m.hertrich@nordkurier.de

AfD-Politikerin wettert gegen neue Stiftung

Von Carsten Korfmacher

Knatsch in der AfD-Bundestagsfraktion: Die Abgeordnete Nicole Höchst schließt gegen eine Behörde, die in Neustrelitz angesiedelt werden soll. Sondern glücklich sind die AfD-Vertreter aus Mecklenburg-Vorpommern darüber nicht.

NEUSTRELTZ/BERLIN. Am Montagmorgen sorgte die rheinland-pfälzische AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst für Unfrieden in ihrer Fraktion. Streitpunkt: eine Presseerklärung zur neuen Ehrenamtsstiftung, die in diesem Jahr in Neustrelitz angesiedelt und mit 100 Stellen besetzt werden soll. Der Bundestag will am Donnerstag die gesetzliche Grundlage für die Errichtung dieser Stiftung legen. Das hatte Höchst zum Anlass genommen, um die Legitimität der Stiftung als Ganzes in Frage zu stellen. Sie erklärte am Montagmorgen, dass die AfD-Bundestagsfraktion die „Stiftung einer Regierung, die zum Teil der Ideologie der Antifa nahesteht als unserem Grundgesetz“, ablehne.

Zwar begrüße die Fraktion prinzipiell „das Ansinnen der Bundesregierung, bürgerliches Engagement und Ehrenamt insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen zu fördern“. Doch die Bundesbehörde, die im ehemaligen Landeshygienemuseum Mecklenburg-Vorpommern in der Schlossstraße in Neustrelitz untergebracht werden soll, sei nicht der richtige Weg. Nach eigenen Angaben befürchtet Höchst, dass die Stiftung primär dem Zweck dienen soll, „den Kampf gegen Extremismus auf die einzig verbliebene freiheitlich konservative Partei“, nämlich die AfD, zu fokussieren.

Mit dieser Erklärung will Höchst für die gesamte AfD-Bundestagsfraktion gesprochen haben, also auch für die drei Vertreter Mecklenburg-Vorpommerns, deren Aufgabe es ist, die Interessen ihres Bundeslandes in der Fraktion



In diesem Gebäude in der Neustrelitzer Schlossstraße soll die neue Bundesbehörde angesiedelt werden. Früher war dort das Landeshygienemuseum ansässig.

PHOTO: HEIKE SOMMERKAMP



Enrico Komning (AfD)

PHOTO: CARSTEN KORFMACHER

zu vertreten. Der Neubrandenburger AfD-Bundestagsabgeordnete Enrico Komning beschwichtigte daher auch gleich die Aussagen seiner Fraktionskollegin. Höchst habe die Stiftung „nicht grundsätzlich abgelehnt“, sondern lediglich „Bedenken hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung dieser Stiftung“ geäußert. Diese Zweifel seien legitim. Die Frage, ob die Behörde nach Mecklenburg-Vorpommern gehöre, sei von diesen Beurteilungen zu trennen. Da die Stiftung gesellschaftliches Engagement dort stärken soll, „wo der demografische Wandel in voller Härte zuschlägt“, so Komning, sei Neustrelitz der richtige Standort.

Was den Bundestagsvertretern der AfD Mecklenburg-Vorpommern trotzdem bitter aufgestoßen haben muss:



Nicole Höchst (AfD)

PHOTO: BIRGO VON JUTZENHA

Höchst erwähnte mit keiner Silbe, dass die Stiftung in MV ansässig sein soll, sondern nur, dass in „vielen Kommunen vieler Bundesländer“ am Ehrenamt gespart würde. Als Beispiel führte sie nicht etwa das östliche Mecklenburg-Vorpommern an, sondern Speyer in Rheinland-Pfalz – eine Stadt in der Nähe ihres eigenen Wahlkreises.

Lassen sich 100 Fachkräfte in die Region locken?

In der Vergangenheit hatte es bereits Kritik an der Standort-Entscheidung des Bundes gegeben. So äußerte der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, Zweifel, dass sich die benötigten 100 Fachleute in die Region locken ließen. „Es ist gut gemeint, doch praktisch wird das zu großen Problemen führen“,

sagte der Chef des Spitzenverbandes der deutschen Kulturbedingungen Anfang des Jahres. Die Ehrenamtsstiftung wäre erst die dritte Bundesbehörde in Mecklenburg-Vorpommern. Im Nordosten ansässig sind derzeit nur das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie in Rostock und das unter dem Namen „Friedrich-Loeffler-Institut“ bekannte Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit, das seinen Hauptsitz in Greifswald und auf der Insel Riems hat.

Im September 2019 wurde bekannt, dass im Bundeshaushalt 32,5 Millionen Euro für eine noch zu gründende Ehrenamtsstiftung des Bundes reserviert sind. Die Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Stiftung ist es, als zentrale Anlaufstelle bundesweit Servicesangebote und Informationen für ehrenamtliches Engagement bereitzustellen. Vor allem Ehrenämter in Bereichen, in denen es bislang gar keine oder nur stark unterfinanzierte Möglichkeiten gibt, sollen gestärkt werden. Weitere Schwerpunkte sollen die Digitalisierung, die Entbürokratisierung und die Nachwuchsgewinnung im Ehrenamt sein.

Kontakt zum Autor
c.korfmacher@nordkurier.de



Ernst Kötter, parlamentarischer Geschäftsführer der AfD im Bundestag, meldete sich ebenfalls zu Wort.



Nach dem Sonabend spontan angemeldet, hatte sich die Gruppierung „aufstehen Mecklenburg-Vorpommern“ mit fünf Leuten.



Einer der Redner auf der AfD-Kundgebung auf dem Markt war Bundessprecher Tino Chrupalla.

Laute Proteste begleiten Kundgebung der AfD

Von Danilo Witten

Am vergangenen Sonnabend, am 71. Geburtstag des Grundgesetzes, stand Neubrandenburgs Marktplatz ganz im Zeichen des politischen Schlagabtauschs. Das Bühnenprogramm Eine prominent besetzte AfD-Kundgebung, fünf Gegendemonstrationen und viele Schaukustige.

NEUBRANDENBURG. Das ist schon mutig, alle auf einen Platz zu stellen. So sah es zumindest eine Passantin, die etwas abseits vom Geschehen die Lage auf dem Neubrandenburger Markt in Augenschein nahm. Doch die Versammlungsbehörde der Stadt hatte zusammen mit der Polizeiinspektion im Vorfeld einige Vorkehrungen getroffen, dass die politischen Lager am Samstag dann doch nicht zu dicht beieinander standen. Und auch die derzeit vorgeschriebenen anderthalb Meter Abstand gewahrt blieben.

Eine zugewiesene Fläche, Absperrgitter, eine Patrolierzone und kontrollierter Einlass machten es möglich. Zusätzlich sorgten Polizeieinheiten an Ort und Stelle sowie eine auf das gesamte Stadtgebiet verteilte Hundertschaft für Ordnung, Sicherheit und den Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit. Laut Sprecherin Diana Mehlberg waren dafür etwa 100 Beamte im Einsatz.

AFD-Redner fordern ein Ende des Lockdowns

Nicht mehr Teilnehmer waren es, die an dem Tag dem Aufruf der AfD gefolgt waren. Die Polizei sprach von rund 80 Anhängern im Herzen der Vorkommstadt. Enrico Kötter berichtete hingegen von bis zu 150 angemeldeten Personen.



Mit rund 20 Personen standen die Grünen auf Seiten der Gegendemonstranten.



Gegendemonstranten hielten ein Banner in Richtung AfD-Kundgebung. Darauf steht: „Corona ist eine Erfindung“.

„Mehr drehen wir ja gegenwärtig nicht“, so der parlamentarische Geschäftsführer der AfD im Bundestag kurz vor Beginn der Kundgebung. „Für unsere Grundrechte, Freiheit statt Überwachungsstaat“, lautete ihr Motto. Darum ging es am sehr prominent besetzten AfD-Rednerpult. Neben Kötter hatten sich Bundessprecher Tino Chrupalla, Landesvorsitzende im Landtag, Nikolaus Kramer, Kreisvorsprecher Jan-Michael Martin und Bundestags-Fraktionsvize Leif-Erik Holm zu Wort gemeldet. Und die Botschaft, die Forderung der größten Oppositionspartei im Schweriner Landtag war am Samstag eindeutig: „Wir wollen, dass der Lockdown aufhört“, hieß es unisono. Im MV gebe es die geringsten Infektionszahlen, erklärte Landesvorsitzender Holm. Damit konnten auch

Einschränkungen bei Grundrechten, die wegen der Corona-Pandemie eingeführt worden waren, wieder aufgehoben werden, so seine Worte. „Nie hat es seit der DDR so viele Einschränkungen der Freiheiten gegeben. Nie war ein Parlament so machtlos“, mahnte Kötter. Deshalb wollten sie diesen Tag nutzen, um ein klares Signal an Bundes- und Landesregierung zu senden.

Straßenzeige wegen Hitlergruß aufgenommen

Für die Gegendemonstranten waren diese Worte von der AfD allerdings wenig überzeugend. „Lügner“, so hallte es immer wieder aus ihren Reihen. Michael Hinz, Stadtvorsitzender der Linken, findet es schäbig, wie sich die AfD als Kampfrein für die Freiheit aufspielt. Auch Knut Jondral, der Sprecher des Ortsverbandes Neubrandenburg der Grünen,

lasst kein gutes Haar an der AfD. „Nicht unsere Grundrechte verteidigen sie, sie wollen diese einschränken“, war von Ute Leismann aus Neubrandenburg zu hören. Sie sei heute auf dem Markt gekommen, um der AfD die Stirn zu bieten. Genauso wie der stellvertretende Landesvorsitzende der Juso MV. „Nicht alle sind hundertprozentig mit den Regierungsentscheidungen einverstanden. Das finde ich auch gut so. Dennoch zeigt sich, was Geistes Kind die AfD ist“, unterstrich Felix Wüller.

Mit dem Motto „Kein Platz für rechte Ideologie und Verschwörungstheorien. Neubrandenburg hält zusammen“ und etwa 50 Teilnehmern stellte sich die SPD gegen die AfD-Kundgebung, unter ihnen MV-Generalsekretär Julian Barion, Neubrandenburgs Fraktionschef Michael Stieber und Stadtvertreter Robert Northoff.

Ebenso an die 50 waren es auf Seiten der Linken und rund 20 Personen von Bündnis 90/Die Grünen. Spontan angemeldet hatte sich noch die Gruppierung „aufstehen Mecklenburg-Vorpommern“ mit fünf Leuten. Das Bündnis „Neubrandenburg Nazifrei“ war ebenfalls in den Reihen der Gegendemonstranten zu finden. Unter dem Slogan „Menschenrechte statt rechte Menschen!“ hatte es in den Tagen zuvor bei Facebook zur Gegendemo aufgerufen.

Alles in allem verlief der große Demo-Samstag auf dem Markt aber friedlich. Nach Information der Polizei wurde lediglich eine Straßenzuge aufgenommen. Ein 65-jähriger Versammlungsteilnehmer der AfD-Veranstaltung hatte dem Hitlergruß gezeigt. Weitere Vorkommnisse gab es keine.

Kontakt zum Autor:
d.witten@nordkurier.de

Nord Stream als Wahlkampf-Thema

Von Holger Schacht

Im Streit um die Fertigstellung der Gas-Pipeline Nord Stream 2 wollen auch die beiden AfD-Bundestagsabgeordneten Enrico Komning und Leif-Erik Holm in ihrem Bundesland punkten. Ortsbesuch beim politischen Infoabend.

WOLGAST. Es ist durchaus deftig, was im Gasthof „Zum Himmel“ in Groß Ernsthof bei Wolgast aus der Küche auf den Tisch kommt. Schinken-Wurstplatte ist ebenso darunter wie Schweineschnitzel und Würstchen. Jetzt lud die Alternative für Deutschland (AfD) in den Saal der Lokalität zu einem Info-Abend ein. Dabei ging's ebenfalls hart ins Gericht – mit verbalen Attacken gegen die politischen Gegner. Thema des Abends war „Für unsere Energie-sicherheit: Nord Stream 2 fertigstellen!“. Das ist die Forderung der AfD-Bundestagsabgeordneten Leif-Erik Holm und Enrico Komning, die vor 50 Gästen angesichts des deutschen Ausstiegs aus Kohle und Atomkraft „die große Gefahr sehen, dass das Licht in Deutschland ausgeht“.

Holm warf der Bundesregierung und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) vor, nicht „energisch“ genug auf den „unerhörten Brief“ von drei republikanischen US-Senatoren reagiert zu haben: „Ich habe den Eindruck, Merkel knickt ein. Bauen wir gemeinsam Druck auf gegen die wackelnde Kanzlerin.“ Die US-Senatoren hatten dem Fährhafen Sassnitz und deren Mitarbeitern mit schweren Sanktionen wegen der Rolle beim Bau der russischen Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 gedroht und schrieben von schwerwiegenden Maßnahmen, die den Hafen „kommerziell und finanziell abschneiden“ würden von



Das russische Verlegeschiff „Akademik Tscherski“ liegt im Hafen Mukran auf der Insel Rügen. Das Spezialschiff wird im Hafen für seinen Einsatz zum Weiterbau der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 vorbereitet. Davor sind weitere Rohre gelagert. FOTO: JENS BÖTTNER



Die AfD-Bundestagsabgeordneten Enrico Komning und Leif-Erik Holm vor der Veranstaltung in Groß Ernsthof. FOTO: HOLGER SCHACHT

den USA. Der US-Regierung ist Nord Stream 2 ein Dorn im Auge. US-Präsident Trump hatte Ende 2019 Strafmaßnahmen gegen bestimmte Unternehmen ermöglicht, die am Bau von Nord Stream 2 beteiligt sind (der Nordkurier berichtete). Holm dazu: „Das macht man unter Freunden und Verbündeten nicht.“

Einer der Unterzeichner des Briefes ist US-Senator Ted Cruz aus Texas. Laut Holm

einer der „Spenden-Hauptempfänger der US-Energie-industrie“. Die Vereinigten Staaten sind seit 2016 größter Gasproduzent der Welt und stark interessiert am Export. Wie wichtig die Fertigstellung der fehlenden 130 Kilometer von Nord Stream 2 für die Region sei, unterstrich Holm mit Zahlen: „Allein die Gemeinde Lubmin kassiert jährlich 1,5 Millionen Euro Gewerbesteuern durch die



Im Saal des Gasthofes „Zum Himmel“ saßen 50 Gäste. Mehr hätten es wegen der Einhaltung der Abstandsregeln nicht sein dürfen.

Pipeline Nord Stream. In einer Umfrage sind fast 60 Prozent der Bundesbürger für den Weiterbau. Das US-Gas ist zudem erheblich teurer.“ Enrico Komning sprach von „50 Prozent“ höheren Preisen.

Bei dem Streit um die Fertigstellung der Ostsee-Pipeline sind die AfD-Abgeordneten aus MV damit ungewöhnlicherweise auf gleicher Linie wie ihre Ministerpräsidentin. Auch Manuela Schwesig

(SPD) hatte bei einem Besuch der Belegschaft des Hafens in Mukran die Bundesregierung aufgefordert, sich zur Fertigstellung der Ostsee-Erdgasleitung zu bekennen und US-amerikanische Sanktionsdrohungen scharf zurückzuweisen.

Nächstes Jahr sind aber auch Bundestagswahlen: Aller Wahrscheinlichkeit nach tritt Komning im Wahlkreis Mecklenburgische Seenplat-

tel-Vorpommern-Greifswald II erneut als AfD-Direktkandidat gegen den Bundestagsabgeordneten Philipp Amthor (CDU) an. Über den hatten zahlreiche Medien berichtet, er sei nach der Vergiftung des Kremlkritikers Alexej Nawalny offen für einen Baustopp beim Pipeline-Projekt Nord Stream 2. Später sah sich Amthor missverstanden. Komning: „Das ist ein einziges Rumgeier. Amthor hat in der Vergangenheit viele seiner Aussagen revidiert, ist zurückgerudert. Er sagt nie richtig, ich stehe dafür.“ Überhaupt sei im Fall Nawalny auf „unzulässige Weise“ sofort mit dem Finger auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin gezeigt worden. Komning: „Der hat kein Interesse daran, dass aus Nord Stream 2 ein Milliardengrab werden könnte. Auch wir nicht. Nord Stream 2 bietet die Vorteile von Unabhängigkeit, Marktstabilität, langfristigen Verträgen und einem stabilen Stromnetz. Außerdem kann der Strompreisanstieg gestoppt werden.“

Ein Baustopp von Nord Stream 2, so Komning, wäre ein „weiterer Sargnagel für die Wirtschaft in MV“. Die Regierung habe zu Beginn der Corona-Krise mit ihrer Politik unter anderem der Tourismusbranche „schweren Schaden“ zugefügt. Komning nutzte die Gelegenheit zu einem Seitenhieb auf Vorpommern-Staatssekretär Patrick Dahlemann (SPD). Er sagte: „So viel Geld kann Grußonkel Dahlemann gar nicht verteilen, um den Schaden zu begleichen.“ Zu Hause, so Komning, habe er bereits einen Anfang gemacht: „Ich habe den Gasherd so umgebaut, dass er auch mit Gasflaschen betrieben werden kann.“

Kontakt zum Autor
h.schacht@nordkurier.de